

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage 'Die Neue Welt' 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2,50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die festgelegte Kolonnenbreite oder deren Raum 90 Pf. für politische und gewerkschaftliche Berichte und Berichterstattungen 30 Pf. 'Kleine Anzeigen', das festgedruckte Wort 30 Pf. (zulässig 2 Zeilen gedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 2. September 1913.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Ein Feind der Massenheere.

I.

In den letzten zwanzig Jahren haben die europäischen Militärstaaten ihre Heere so gewaltig vermehrt, daß keine Uebertreibung in den Worten liegt: Europa starrt in Waffen. Man hat sich daran gewöhnt, die Stärke der Armeen als Maßstab für ihre Leistungsfähigkeit zu betrachten. Und doch ist das ein falscher Schluß, ein Trugschluß, der sich bei Gelegenheit bitter rächen muß. Mit dieser ungeheuerlichen Vermehrung der Heere sind diese selbst schwerer beweglich geworden. Die Erfahrungen, die man aus den Manövern schöpft, wollen nicht viel bedeuten, trotz aller 'Kriegsmäßigkeit'. Es ist etwas anderes, ob eine Armee sich innerhalb eines Landstriches bewegt, der zahlreiche gute Straßen und ein weitverzweigtes Eisenbahnnetz aufweist, oder ob sie in nicht genügend bekannten unwegetamen Gebieten, in denen die Brücken gesprengt, die Eisenbahnen zerstört, die Straßen abgegraben sind, tätig sein muß. Den Truppen muß nicht bloß Munition nachgeführt werden, sondern auch — und das ist nicht minder wichtig — auch die Nahrung für Mann und Pferd. Der letzte Balkankrieg hat bewiesen, welche unheilvolle Folgen für eine Armee daraus entstehen müssen, wenn die Zufuhr an Nahrungsmitteln stockt. Napoleon I. hatte recht, als er den Satz prägte: 'Für einen leeren Magen gibt es keine Unterordnung.' Hungernde Soldaten sind weder für den Angriff noch für die Verteidigung zu gebrauchen. Der Hunger untergräbt auch die Manneszucht, die Disziplin. Selbst die draconischen Bestimmungen des Krieges verlieren jede Wirkung, wenn der Hunger eine Truppe an den Rand der Verzweiflung getrieben hat. Diese Erfahrung haben alle Staaten machen müssen, die Krieg geführt haben; angefangen von den napoleonischen Kriegen, bis zu der Meutelei auf dem Vulkan. Die deutschen Armeen sind weder 1866 noch 1870 von diesen schlimmen Erfahrungen verschont geblieben, und wie soll das erst in einem künftigen Kriege werden, in dem Millionenheere sich gegenüberstehen, Heere, wie die Welt sie noch nie gesehen, die einen Bedarf an Nahrungsmitteln haben, der sich in seiner ganzen Größe gar nicht überschätzen läßt. Nicht die ziffermäßige Stärke einer Armee ist das Entscheidende, sondern ihre Leistungsfähigkeit, die aber wiederum zu einem sehr erheblichen Teil in der Ernährungsmöglichkeit der Truppen wurzelt.

Unter dem Titel: 'Studien zur Kriegsgeschichte und Taktik' gibt der Große Generalstab Monographien heraus, deren eine, über die Heeresverpflegung, nach mehr als einer Seite hin von hohem Interesse ist, läßt sie doch den Schluß zu, daß überhaupt keine Wahrscheinlichkeit vorhanden ist, eines der Millionenheere längere Zeit verpflegen zu können. Damit hätte man das Kriegsinstrument in einer Weise überstreckt, daß seine Verwendbarkeit stark in Zweifel gestellt wird. Der napoleonische Feldzug nach Rußland ist direkt daran gescheitert, daß die aus Moskau vertriebene französische Armee hungern mußte. An dem Hunger sind alle Versuche gescheitert, diese an sich gewiß vorzüglich gewesene Armee wieder zum Stehen zu bringen. Wenn auch in späteren Kriegen eine Katastrophe dieser Art sich nicht wiederholt hat, so hat doch auch in diesen Kriegen die Verpflegungsfrage vielfach hemmend auf die Operationen der Truppen eingewirkt, nicht zum wenigsten im Kriege 1870/71 auf deutscher Seite. Das wird auch in Zukunft nicht anders sein, zumal die Heeresstände gerade in neuester Zeit ganz außerordentlich gewachsen sind und damit deren Verpflegung schwieriger geworden ist, während die Leistungsfähigkeit der Bodenkultur trotz aller Vervollkommnung des landwirtschaftlichen Betriebes doch nicht annähernd in derselben Weise fortgeschritten ist. Das sieht zu lesen auf Seite 280 des zitierten Generalstabswerkes, und wenn dabei etwas besonders bedauerlich ist, so das, daß dieses Sachverständige Urteil nicht allgemein bekannt war, als der Reichstag die neue Militärvorlage beraten hat. Dieses Urteil hätte mit den besten Argumenten gehört, die gegen den Rüstungswahnsinn ins Feld geführt werden konnten.

Vielleicht daß uns von militaristischer Seite entgegengehalten wird, daß in Deutschland alles bestens geordnet sei. Auf dem Papier ist das auch höchstwahrscheinlich der Fall, wir beschafften ja eine ganze kleine Armee von Sekretären, Affessoren, Räten, Intendanten usw., die das System der Heeresverpflegung mit jener Weisheit lehren, die am grünen Tisch langsam aber sicher verkrüppelt. Der Ernstfall wirkt diese ganzen Theorien über den Haufen. Die Kriegsgeschichte zeigt — und das bestätigt auch der Große Generalstab —, wie unzuverlässig jedes schematische Verfahren ist und wie wenig man sich darauf verlassen kann, daß das, was man angeordnet hat, zur Ausführung gelangt. Eine Külle nicht vorherzusehender Reibungen sorgt dafür, daß sich die Lage oft ganz anders entwickelt, als man es erwartet und gewünscht hatte. Natürlich will der Große Generalstab da-

mit nicht behaupten, daß die deutsche kriegsstarke Armee nicht beweglich sei, aber die Bedenken, die er auf Grund eingehenden Studiums der Kriegsgeschichte äußert, lassen es doch fast als Gewißheit erscheinen, daß die Frage der Verpflegung der Millionenheere zu den Problemen gehört, die noch nicht gelöst sind.

Das Generalstabswerk gibt eine plastische Darstellung der Verpflegungsschwierigkeiten in allen Kriegen von Bedeutung, die im vorigen Jahrhundert sich abgespielt haben. Als Napoleon nach Rußland zog, wußte er, daß weite Strecken zu durchziehen waren, auf denen die Armee völlig auf den Nachschub von Verpflegung angewiesen war.

Das Nachschubwesen erwies sich aber als gänzlich unzureichend, zumal fast unüberwindliche Anforderungen an seine Leistungsfähigkeit gestellt wurden. Gebaute Straßen gab es in diesen Gegenden nicht, auf den grundlos gewordenen Wegen kamen die Wagen kaum vorwärts. Besonders ungünstig war die Witterung dieses Winters insofern, als der Frost, der die Wege gangbar gemacht hätte, ungewöhnlich spät eintrat. Erst im 5. Januar begann es zu frieren, aber der Frost hielt noch nicht an. Diese Unwegbarkeit und außerdem die Armut des Landes wogen schwerer als alle Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung. Bei einzelnen Korps steigerte sich die Not so, daß darunter die Schlagfertigkeit bedenklich litt und die Manneszucht zu schwinden begann. So erhielt z. B. das Korps Davout acht Tage lang kein Brot. Da die Russen beim Rückzuge alles verwüstet hatten, fand man fast nichts mehr im Lande. Die Truppen lebten äußerst notdürftig, fast nur von wenigen Kartoffeln, die sie sich auf den Feldern suchten. Auch der linke Flügel der Armee, der in wohlhabenderen Gegenden operierte, begann den Mangel zu empfinden. Die Verpflegungsfahrzeuge mußten vielfach zum Transport von Verwundeten benützt werden, der Hunger veranlaßte zahlreiche Erkrankungen, das Marodieren nahm immer mehr überhand und schließlich schlachtete man die Pferde der Reitreibungswagen, womit man sich der letzten Möglichkeit beraubte, den Truppen Lebensmittel zuzuführen. Am 12. März schrieb Napoleon: 'Heute hängen das Schicksal von Europa und die größten Pläne von der Verpflegung ab. Die Russen zu schlagen, wäre ein Kinderspiel, wenn ich Brot hätte.'

Die Lage Napoleons wurde immer verzweifelter. An ein Verbleiben der Armee in Moskau war nicht zu denken, weil jede Möglichkeit der Ernährung fehlte und auf Nachschub nicht nur nicht gerechnet werden konnte, sondern im Gegenteil die Gefahr bestand, daß von den Russen die Rückzugslinien abgeschnitten würden. Zum Elend des Hungers traten noch die Leiden des Frostes. Auf den Dörfern fanden die Mannschaften keine Unterkunft, Brennstoff fehlte fast völlig, der herniederbrechende Frost hatte das Grünfutter für die Pferde vernichtet, sie fielen deshalb massenhaft und die Folge war, daß die Geschütze mangels Bespannung einfach liegen gelassen werden mußten. Kälte und Entbehrungen hatten die den Rückzug antretende Armee zerrüttet. Lebensmittel! Lebensmittel! Lebensmittel! Mehr als 40 000 Mann waren durch Anstrengungen, Nahrungsmangel und Kälte zu Räubern und Landstreichern geworden, die sich auf eigene Faust durchzuschlagen versuchten.

Auch als die Reste der Armee Schlessien und Sachsen erreicht hatten, wurde es nicht besser, die Disziplin war zerstört, ihre Wiederherstellung eine Unmöglichkeit. Durch Hunger und Entbehrungen waren die Menschen vertiert. Sie hausten wie in Feindesland. Eine vom 1. Juni 1813 datierte Denkschrift des Kapitäns Loppin vom Generalstab der 32. Infanteriedivision enthält folgende charakteristische Stellen:

'Man raubt das Heu, Stroh und ungedroschenes Getreide aus mehreren Dörfern, um eine einzige Nacht zu bivouacieren. Man schlägt einen Ochsen tot, um ein paar Pfund Fleisch zu haben. ... Alles das dient nur dazu, die Luft zu verpesten und das Wasser zu verderben. ... Ich habe Frauen und Kinder, völlig nackt in die Wälder flüchten, junge Weiber, die die Brust zerkratzen und mit ihren Kindern in Tränen zerfließen sehen. ... Aber unsere Soldaten achten nicht einmal die Majestäts der Altäre!'

Das ist der Krieg, von dem die Rüstungsfanatiker sagen, er löse die edelsten und besten Triebe im Menschen aus! Im nächsten Artikel wollen wir zeigen, daß auch im preussisch-österreichischen und nicht minder im deutsch-französischen Krieg die ungeheuerlichsten Fehler in der Verpflegung der kämpfenden Heere gemacht wurden.

Die Straßenkämpfe in Dublin.

London, 1. September. (Privattelegramm des 'Vorwärts'.) Die Polizei hat am Sonnabend und Sonntag ein furchtbares Blutbad unter der Bevölkerung Dublins angerichtet. An diesen beiden Tagen sind aus dem Publikum 433 Personen und 45 Polizisten verwundet worden. Ein oder zwei Personen sind tot. Der Straßenkampf fing gestern damit an, daß Parkin, der Führer der streikenden Straßenbahner, wie er versprochen hatte, in der Sadville Street, wo die verbotene

Veranstaltung stattfinden sollte, erschien. Er hatte sich verkleidet und erschien als Gast im Imperial Hotel, das dem Scharfmacher Murphy, der auch Direktor der Straßenbahngesellschaft ist, gehört. Vom Balkon des Hotels aus richtete er gegen 1 Uhr einige Worte an die Volksmenge, wurde aber gleich verhaftet. Darauf räumten einige hundert Polizisten die Straße, indem sie mit ihren Knüppeln alles, Männer, Frauen und Kinder niederschlugen. Tausende Personen sollen besinnungslos auf der Straße geblieben sein. Die Bürgersteige waren mit Blut bespritzt. Nach einer Aussage des liberalen Parlamentsmitgliedes Booth traten die Polizisten die auf den Boden liegenden Personen mit Füßen. Unter den Verletzten befinden sich auch viele alte Männer und Frauen, die aus der Kirche kamen. Die Polizei soll nach den hier einlaufenden Meldungen bei ihrem Vorgehen vollständig den Kopf verloren haben.

In der Vorstadt Imhore kam es am Abend zu Angriffen auf Straßenbahnwagen. Die Polizei mußte schließlich Militär zur Unterstützung heranziehen.

Das neue Griechenland und die Türkei.

Den meisten Erfolg von dem Balkankrieg hat Griechenland davongetragen. Es hat ein gewaltiges Gebiet mit einer großen Bevölkerung annektiert, zu deren Gebiet die zweitwichtigste Handelsstadt der Balkanhalbinsel, Saloniki, gehört. Der Einfluß, den der also erstarke griechische Staat gewinnen muß, wird noch dadurch erhöht, daß ein großer Teil der Bevölkerung von Konstantinopel und an der an der anatolischen Küste griechisch ist.

Griechenland befindet sich am Ägäischen Meer in einer unvergleichlich stärkeren Stellung als Bulgarien, das nunmehr ebenfalls bis zur Küste vorgebracht ist. Denn die Flutwelle der slawischen Völkerströme bricht sich am Meeresgestade, während die Griechen seit uralten Zeiten dieses Meer, seine zahlreichen Inseln nebst den Hafenstädten Kleinasien bewohnen. Das Ägäische Meer ist ein griechisches Meer.

Die Politik des neuen Griechenlands geht deshalb zielbewußt darauf hinaus, die Beziehungen zu dieser Bevölkerung der Inseln und der anatolischen Hafenstädte, die noch zum osmanischen Reich gehören, enger zu knüpfen, den nationalen Verband, der über die Grenzen des griechischen Staats hinausgeht, zu fördern.

Diese Idee ist auch vorherrschend in den Verhandlungen, die gegenwärtig zwischen Griechenland und der Türkei geführt werden.

Da ist zunächst die Frage des griechischen Patriarchats in Konstantinopel. Die griechische Regierung verlangt, daß das Patriarchat als eine Art nationaler Vertretung, ähnlich, wie das bei den Armeniern der Fall ist, anerkannt werde. Es handelt sich im wesentlichen um das Recht des Patriarchats, bei der hohen Porte vorstellig zu werden, wenn Beschwerden der griechischen Bevölkerung vorliegen. Materieell ist das fast bedeutungslos, allein die griechische Bevölkerung wird auf diese Weise innerhalb des osmanischen Reichs selbst abgefordert und zusammengefaßt. Zugleich wird die griechische Regierung, wenn diese Forderung durchdringt, offiziell zur Schutzmacht für die osmanischen Griechen und erhält die Möglichkeit, auf dem Wege über das griechische Patriarchat sich in die inneren Angelegenheiten des osmanischen Reichs einzumischen; ihre Autorität gegenüber der griechischen Bevölkerung steigt offenbar. Die Türken begreifen das sehr wohl und sind eher geneigt, die Bedenken dieser Wirkungen und Einflüsse zu überstreifen als zu unterschätzen. Anfangs, als sie erst auf dem Vormarsch nach Adrianopel waren und eine große Angst vor den Konsequenzen dieses Abenteuers hatten, machten sie Miene, als wenn sie mit sich reden lassen wollten, versteiften sich aber jetzt auf einer vermeintlichen Antwort.

Die gleiche griechische Tendenz zeigt sich bei der Frage der Regelung der Landeszugehörigkeit. Die türkische Regierung verlangt, daß der Bevölkerung der okkupierten Gebiete freigestellt werde, sich für griechische oder osmanische Staatsangehörigkeit zu entscheiden; die griechische Regierung ist damit einverstanden, will jedoch, daß dieses Recht nicht nur der ortsanfässigen Bevölkerung zuerkannt werde, sondern allen, die in den okkupierten Gebieten geboren worden sind, mögen sie auch ihren Wohnsitz längst wo anders haben. Es würden auf diese Weise für eine erhebliche Zahl osmanischer Griechen die Wege geöffnet, hellenisch zu werden. Denn es gibt besonders in Smyrna und den anatolischen Hafenstädten, aber auch in Konstantinopel eine große Menge Griechen, die von den Inseln oder aus Mazedonien eingewandert sind. Außerdem würde es bei den hiesigen Verhältnissen nicht schwer sein, selbst dem in Konstantinopel geborenen Griechen sich für einen Inselgriechen auszugeben. Die griechische Regierung will also die Gelegenheit benützen, um sich im osmanischen Reich Untertanen zu schaffen.

Soweit es ihr nicht gelingt, die Griechen von Konstantinopel und Smyrna zu annektieren, will die griechische Regierung sie wenigstens vom türkischen Staatsverband loslösen. Sie verlangt Befreiung der Griechen im osmanischen Reich vom Militärpflicht, will dafür allerdings ihrerseits die Rufesmanen in Griechenland militärisch machen. Als die Türkei diese Forderung zurückwies, schlug Griechenland vor, die Türkei solle besondere Bataillone aus den griechischen Mannschaften formieren. Es ist klar, daß man diese griechischen Bataillone nicht zu einem Feldzug gegen Griechenland verwenden könnte.

Nach alledem wird es begreiflich, daß Griechenland auch noch eine Amnestie für die Soldaten und Offiziere verlangt, die zu der

griechischen Armees aus der türkischen Überlieferung, während die Türkei höchstens eine Amnestie der flüchtigen Bestimmungspflichtigen zugestehen will.

Eine Meinungsverschiedenheit gibt es auch noch über die Frage der Wafsländeren. In den okkupierten Gebieten Wafsl sind religiöse Stiftungen, denen große Landkomplexe gehören. Die griechische Regierung macht bei der Bestimmung des Wafslereigentums eine juristische Unterscheidung, als deren Folge ein großer Teil dieses Gebietes zum Staatseigentum erklärt und folglich in den Besitz des griechischen Staates übergehen müßte.

Die Cholera.

Bukarest, 1. September. Nach der letzten amtlichen Cholera-Statistik beträgt die Zahl der früher Erkrankten 407, die der Neuerkrankten 52; davon sind 8 geheilt und gestorben 22.

Auch in Serbien nimmt seit der Demobilisierung die Cholera rasch überhand.

Politische Uebersicht.

Reichstagswahlwahl in Landshut.

Nach der vorläufigen amtlichen Stimmenermittlung wurden bei der am letzten Sonntag vollzogenen Reichstagswahl im Wahlkreis Niederbayern I (Landshut) von 22 771 Wahlberechtigten 16 687 gültige Stimmen abgegeben. Davon erhielten Gutsbesitzer Freiherr v. Krein-Haidenburg (Z.) 10 162, Bürgermeister Eisenberger-Auspöbling (Bauernb.) 4920, Gauleiter des Holzarbeiterverbandes Rath-München (Soz.) 1541 Stimmen. Zerstückelt waren 14 Stimmen. Freiherr von Krein ist somit gewählt.

Bei der allgemeinen Wahl im vorigen Jahre wurden 17 583 Stimmen abgegeben, von denen 12 450 Stimmen auf den Zentrumslandkandidaten, 1770 auf den Bauernbündler, 1462 auf den Freisinnigen und 1871 auf den Kandidaten unserer Partei fielen. Bemerkenswert ist der Rückgang der Zentrumsstimmen. Das Zentrum hat 2288 Stimmen eingebüßt.

Reformen in der Armee.

Das Kriegsministerium hat einigen Beschlüssen, die der Reichstag bei Beratung der Militärvorlage sah, Rechnung getragen. Das „Armeeverordnungsblatt“ teilt nämlich mit, daß vom 1. Oktober d. J. ab die Kosten der Beförderung der in Friedenszeiten während der aktiven Dienstzeit oder während einer Liebung verstorbenen Unteroffiziere oder Mannschaften zur Beerdigung in der Heimat von dem Militärkasus getragen werden. Von dem gleichen Zeitpunkt ab kann den Eltern und nächsten Angehörigen, die zum Besuch eines schwer erkrankten, zur Familie gehörigen Soldaten oder Unteroffiziers nach der Garnison reisen, im Falle der Bedürftigkeit eine Reiseflostenvergütung in Höhe der wirklich entstandenen Eisenbahnfahrtkosten dritter oder vierter Klasse gewährt werden. Als einzige Einschränkung ist dabei vorgesehen, daß die Reise auf Grund der schriftlichen oder telegraphischen Mitteilung des Garnisonlazaretts über die lebensgefährliche Erkrankung des Familienmitgliedes ausgeführt wird.

Ein militärisches Zukunftsbild.

Der frühere Oberst und Regimentskommandeur R. Gaedke berechnet in der „Zeit am Montag“, welche Truppenmassen das Deutsche Reich in einem Zukunftskriege auf die Beine zu stellen in der Lage ist. Er kommt zu dem phantastischen Ergebnis, daß im Jahre 1925 ein Millionen Soldaten ins Feld geführt werden könnten. So unglaublich und phantastisch diese Auffassung erscheint — rechnerisch stimmt sie. Hören wir Gaedke:

„Vom Herbst 1913 an wird die Jahreseinstellung an Rekruten in das Heer die Höhe von 345 000 Mann erreichen. In den zwölf Jahrgängen, die der Soldat unter den Fahnen, in der Reserve und der Landwehr ersten Aufgebots zubringen muß, d. h. in den Jahresklassen, die aller Wahrscheinlichkeit nach das Feldheer bilden werden, erhalten wir eine Masse von 4 140 000 ausgebildeten Soldaten. Nach reichlich bemessenen Erfahrungssätzen müssen wir jedoch innerhalb dieses Zeitraumes mit einem Abgange von durchschnittlich 16 Proz. rechnen, so daß rund 3 475 000 Wehrfähige verfügbar bleiben.“

Für die nächsten 6 Jahrgänge der Landwehr zweiten Aufgebots kommt nur die bisherige Einstellung von rund 270 000 Rekruten jährlich in Betracht, die insgesamt 1 620 000 Köpfe oder mit 24 Proz. Abgang rund 1 220 000 ergeben.

Befanlich kam im Kriegsjahre der Landsturm durch kaiserliche Verordnung jahrgangsweise gleichfalls einberufen werden, auch darf er in Fällen außerordentlichen Bedarfs zur Verstärkung des Heeres herangezogen, also auch über die Grenze hinausberufen werden. Bis zum Ablauf des 45. Lebensjahres, bis wozu die Landsturmpflicht dauert, erhalten wir somit im Landsturm zweiten Aufgebots weitere sieben Jahrgänge ausgebildeter Mannschaften, das sind 1 800 000 oder mit 32 Proz. Abgang rund 1 200 000 Mann.

Im Jahre 1925 wird das Deutsche Reich also im Bedarfsfälle mit einem Massenaufgebote von 5 945 000 vollkommen ausgebildeter Mannschaften rechnen können.

Aber hiermit ist unser reichliches Menschenmaterial bei weitem noch nicht erschöpft. Man kann rechnen, daß bisher alljährlich etwa 95 000 Mann der Ersatzreserve und etwa 145 000 Mann dem Landsturm ersten Aufgebots überwiesen wurden. Die Ersatzreserve, die vorzugsweise zur Bildung der Ersatztruppenteile im Kriege bestimmt ist, zählt 12 Jahrgänge. Das ergibt 1 116 000 oder mit 16 Proz. Abgang rund 930 000 Mann der Ersatzreserve, die aller Voraussicht nach mit beträchtlichen Teilen sofort bei Ausbruch des Mobilisierungsbefehls werden eingesetzt werden. Nach acht Wochen können sie soweit ausgebildet sein, daß sie im Rahmen kriegserfahrener Truppenteile militärisch verwendbar sind.

Sehr viel stärker ist aber die Zahl Unausgebildeter, die der Landsturm ersten Aufgebots in seinem weiten Rahmen biegt. Zu ihm gehören a) die Ersatzreservisten während der nächsten 6 Jahre ihrer Militärpflicht, b) die sofort dem Landsturm I überwiesenen Dienstpflichtigen bis zum 31. März des Kalenderjahres, in dem sie ihr 30. Lebensjahr erreichen, c) die Junge Mannschaft vom vollendeten 17. bis zum 20. Lebensjahre, die noch nicht im Frieden, wohl aber im Kriege gestellungspflichtig ist. Das ergibt für Klasse a) etwa 390 000 Mann, für Klasse b) etwa 1 390 000 Mann, (12 × 80 000 + 6 × 145 000 = 24 Prozent Abgang), für Klasse c) mindestens 1 600 000 Mann, (3 × 517 000). Im ganzen mindestens 3 380 000 Mann.

Aber auch im Landsturm zweiten Aufgebots befinden sich noch Unausgebildete, nämlich a) sieben Jahrgänge Ersatzreservisten (7 × 93 000), b) sieben Jahrgänge früherer Landsturm ersten Aufgebots (7 × 145 000) oder mit 32 Proz. Abgang rund 1 100 000 Mann.

Somit erhalten wir an militärpflichtigen, wenn auch unausgebildeten Mannschaften die riesige Summe von

930 000 Ersatzreserve,
3 380 000 Landsturm I,
1 100 000 Landsturm II,
5 390 000 Köpfe.

Im ganzen beträgt im Jahre 1925 das für einen Krieg verfügbare Menschenmaterial unseres Landes

5 945 000 Ausgebildeter,
5 390 000 Unausgebildeter,

oder mehr als elf Millionen Menschen!

In einem weiteren Aufsatz will Oberst Gaedke zeigen, wie dieses Menschenmaterial an Menschen für einen Feldzug nutzbar gemacht werden kann.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ dementiert

wieder einmal. Das Kanzlerblatt schreibt:

Der „Vorwärts“ veröffentlicht in seiner Nummer vom 29. v. M. eine Zuschrift aus Braunschweig, worin mitgeteilt wird:

„Aus welfischer Quelle, die gute Beziehungen zum Gmundener Hof unterhält, wissen wir freilich, daß noch kurz vor der Krönung Wilhelm II., um dem Bundesrate die Schwelung leichter zu machen, der Herzog von Cumberland zum öffentlichen Verzicht auf Hannover suchte. Als Gegenleistung wurde dem Cumberland der Generaladmiral und die Uniform der Gardehussars angeboten. Dennoch lehnte er ab und drohte, mitsamt seinem Sohn unter Hinterlassung der roten Hufarenjade nach Gmunden zurückzuziehen. Es kam zwar nicht zum Bruch, die Kaiserin vermittelte, aber die Spannung zwischen Berlin und Gmunden ist seit dieser Zeit noch nicht behoben.“

Wir stellen fest, daß an diesen Angaben kein wahres Wort ist.

Vankrott der amtlichen Arbeiterstatistik.

In diesen Tagen ist ein sehr umfangreiches, soweit wir es bisher feststellen konnten, sehr wertvolles Buch „Gebiete und Methoden der amtlichen Arbeitsstatistik in den wichtigsten Industriezweigen“ erschienen. Dieses Buch erscheint als Nr. 12 der Beiträge der Arbeiterstatistik, es ist bearbeitet in der Abteilung für Arbeiterstatistik im kaiserlichen statistischen Amte. Von größtem Interesse für den Politiker ist das kurze und natürlich mit aller Vorsicht, zu der unsere Beamtenerschaft erzogen wird, geschriebene Vorwort. Es wird da geklagt, daß die Bearbeitung dieses Werkes

„in Ermangelung seines eigenen Personals lediglich mit den jeweils zur Verfügung stehenden und überdies mehrfach wechselnden Kräften erfolgen konnte“.

Dann heißt es weiter, wenig ehrenhaft für das Deutsche Reich:

„Unter diesen Umständen ließ sich die bereits im Jahre 1907 begonnene Arbeit erst im Sommer 1913 abschließen und eine einheitliche Bearbeitung des Stoffes in den verschiedenen Abschnitten nicht durchweg gewährleisten.“

Diese Entschuldigung klingt wie eine heftige, wenn auch regierungsrätlich gebämpfte Anklage gegen die Vernachlässigung der arbeitsstatistischen Abteilung des kaiserlichen statistischen Amtes, sie beweist weiteren Kreisen das, was jeder, der sich dafür interessierte, schon wußte, daß in ganz außerordentlicher Weise der Etat für unsere Arbeiterstatistik beschnitten wurde. Eine nützliche und ausichtsvolle amtliche Tätigkeit wurde nicht nur stiefväterlich behandelt, sondern engelmacherisch verküppelt. Für die Zukunft haben wir noch weit ärgeres zu gewärtigen. Dieses Vorwort, das ein Dokument für das Deutschland der militärischen Ueberrüstung ist, schließt mit folgenden Sätzen:

„Weitere Hände für die Beiträge zur Arbeiterstatistik können nicht in Aussicht gestellt werden, da die der Abteilung für Arbeiterstatistik zur Verfügung stehenden Kräfte durch die laufenden Arbeiten voll in Anspruch genommen werden.“

Die „Erhebungen“ der arbeitsstatistischen Abteilung sind eingestürzt, seit zwei Jahren ist keine Veröffentlichung auf diesem Gebiete mehr erschienen. Nun werden auch die Beiträge zur Arbeiterstatistik eingestürzt, so bleibt von der Tätigkeit der arbeitsstatistischen Abteilung nur noch das „Reichsarbeitsblatt“ übrig. Wann wird man auch das eingehen lassen, um für seine Kosten vielleicht alljährlich eine nette Kanone mehr unserer Artillerie zu widmen?

Die amtliche Sozialstatistik scheint man langsam totschlagen zu wollen, man ist bald damit fertig. Das gehört zu dem Wilde der neuesten Entwicklung im Deutschen Reich, in dem nur die militärischen — — Kulturaufgaben nicht leiden.

Radiumkauf durch den Staat.

Das preussische Gesamtministerium hat sich entschlossen, 500 000 M. zum Ankauf von Radium und Mesothorium in den nächstjährigen Etat einzustellen. Die eigentlich ganz selbstverständliche Forderung wird damit begründet, daß von den verschiedenen Universitätskliniken Preussens Anforderungen an das Ministerium gestellt worden sind. Eine höhere Summe einzusetzen schien nicht angebracht, weil die Nachfrage nach den beiden Mitteln eine so gewaltige ist, daß sie auf lange Zeit hinaus überhaupt nicht befriedigt werden kann.

Die Wahl in Raguit-Pissallen vor Gericht.

Der konservative Reichstagsabgeordnete v. Gräfe läßt verkünden, daß er die Mitglieder des nationalliberalen Wahlbureaus wegen Verleumdung verklagen werde. Es handelt sich um eine Rede des Abg. v. Gräfe, in der er gesagt haben soll, er traue den nationalliberalen Reichstagsabgeordneten selbst dann nicht, wenn sie mit ihrer Unterschrift bezeugen würden, daß sie für Aufrechterhaltung der Schwärze stimmen wollen. Abg. v. Gräfe stellte diese Behauptung in Abrede, das nationalliberale Wahlkomitee hält dagegen daran fest, daß sie so gefaßt ist.

Reichstagskandidatur in Göttingen-Gmünd.

Für den 10. württembergischen Reichstagswahlkreis Göttingen-Gmünd, in dem bisher Genosse Dr. Lindemann kandidierte, wurde in einer außerordentlichen Kreisgeneralversammlung Genosse Crispian, Redakteur der „Stuttgarter Tagwacht“ als Kandidat aufgestellt. Dr. Lindemann, der den Kreis von 1908—1906 schon im Reichstag vertreten hatte, lehnt eine neue Kandidatur ab.

Gegen die Fleischsteuerung.

Einen Versuch, den Zwischenhandel bei der Fleischversorgung auszuschalten, will die Landwirtschaftskammer für Ostpreußen unternehmen. In der letzten Versammlung der freien Fleischherren zu Königsberg hat ein Vertreter der Landwirtschaftskammer für Ostpreußen bekanntgegeben, daß die Kammer mit den Fleischherren in engere Geschäftsverbindung zu treten gedenke, damit die Fleischherren billiger zum Schlachtvieh kämen und den Konsumenten das Fleisch zu herabgemindertem Preise liefern könnten. Solche Versuche sind gewiß beachtenswert, doch auf dem Kilogramm Fleisch ruhen — abgesehen von der Grenzsteuer — 35 Pf. Zoll und die Befreiung dieses Zolles muß neben der Öffnung der Grenzen angestrebt werden, wenn das Fleisch billiger werden soll. Doch davon wollen die Agrarier nichts wissen.

China.

Die Belagerung von Nanjing.

London, 1. September. Das Reutersche Bureau meldet aus Nanjing vom 31. August, daß die Belagerung sich ohne Aenderung der Lage hinzühe. General Schanghsun sei jetzt bemüht, die Stadt durch Leitererrettung zu erobern; aber die Verteidiger, von der Absicht der Angreifer unterrichtet, hätten den Sturm bisher vereitelt, indem sie die Stürmenden mit Handgranaten bewarfen. In der Stadt

sollen elende Zustände herrschen: Plünderung und Raub nehmen überhand, die Geschosse der Belagerer tun großen Schaden an dem Privateigentum. Die Mehrzahl der Verteidiger soll der ganzen Sache müde und zur Uebergabe bereit sein, aber die aus den besten Truppen bestehende achte Division ist noch ungebroschenen Mutes. Die Kaufmannschaft hat schon 70 000 Dollar an den Rebellenführer Hsajiming gezahlt, um ihn zur Uebergabe zu veranlassen, und ihm weitere 30 000 versprochen; aber Hsajiming hat das Geld eingestekt, ohne sein Versprechen zu erfüllen. Die Munition soll bereits knapp werden.

Ranling erobert?

Schanghai, 1. September. (Melbung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Ranling ist heute eingenommen worden. Die Aufständischen sind durch das Südtor geflohen.

Weitere Kämpfe.

London, 1. September. Der „Daily Telegraph“ meldet aus Schanghai vom 30. August, daß am Donnerstag ein Kampf in Ranliang begonnen habe. Am Freitag hätten die Rebellen beim Erscheinen von Kriegsschiffen Wuhu ohne Kampf geräumt; 1500 Mann Söldtruppen hätten sich dem General Li ergeben. Die britischen Ruhdampfer seien amtlich angewiesen worden, keine Rebellenführer an Bord zu nehmen.

Amerika.

Eine sehngeschlagene Genfershoffnung.

New York, 18. August. (Fig. Ver.) Wieder ist ein Anschlag der zarischen Regierung gegen das politische Asylrecht dank der Wachsamkeit der amerikanischen Genossen vereitelt worden.

Geopfert sollte diesmal der am 8. Februar in Boston gelandete sozialistische Journalist Ernst Jaumefem werden. Bäterchens Regierung ging dieses Mal nicht den geraden Weg des Auslieferungsgesuchens. Sie suchte auf Grund des Einwanderungsgesetzes die Deportation Jaumefems nach Hamburg zu erwirken. Wäre der russische Genosse erst einmal in dem von preussischen Junkern regierten Deutschen Reich gewesen, so war die St. Petersburger Genferzunft ihres Opfers sicher.

Als „Politiker“ nach Sibirien deportiert, bewerkstelligte Jaumefem seine Flucht, gelangte unerkannt nach der Hansestadt Hamburg und schiffte sich auf dem Dampfer „Cincinnati“ ein, mit dem er am Freitag vor acht Tagen Boston erreichte. Von „unbekannter“ Seite auf die „Verbrecher“-Liste Jaumefems aufmerksam gemacht, ließ der Bostoner Einwanderungskommissar den Reuanfömmung festnehmen und der sogenannten Inquisition vorführen, die prompt die Deportation des „früheren Sträflings“ verfügte. Auf Grund dieses Erkenntnisses sollte Jaumefem nach dem Abfahrtshafen, also nach Hamburg, zurückbefördert werden.

Im Auftrage der sozialistischen Partei rief der Genosse Noetzer, ein Bostoner Anwalt, gegen die Deportationsverfügung die Entscheidung des Arbeitsministers Wilson an, der schon am Sonnabend die Zulassung Jaumefems verfügte. Wären die Bostoner Genossen nicht sofort auf dem Plane gewesen, so befände sich Jaumefem schon auf der Rückfahrt nach Hamburg und sähe seinem Transport nach der russischen Grenze entgegen.

Der Konflikt mit Mexiko.

New York, 1. September. Auf Grund der Warnung des Präsidenten Wilson verlassen viele Amerikaner Mexiko. Hunderte von Flüchtlingen kommen aus dem Innern des Landes, zahlreiche Geschäftsleute senden ihre Familien nach Veracruz, damit sie jeden Augenblick zur Abreise bereit sind. Die Lage in Torreón soll verzweifelt sein. Dr. Khan, Mitglied der amerikanischen Volkspartei, befindet sich im Automobil auf dem Wege dorthin. Er will versuchen, die Abreise von 300 Amerikanern aus der belagerten Stadt sicher zu stellen.

In Mexiko wächst die kriegerische Stimmung gegen die Vereinigten Staaten.

Aus der Partei.

Der österreichische Parteitag.

Der Vorstand der österreichischen Sozialdemokratie beruft den österreichischen Parteitag für Freitag, den 31. Oktober nach Wien ein. Auf der Tagesordnung des Parteitages sollen außer den ordnungsmäßigen Berichten und Wahlen Referate über auswärtige Politik und Handelspolitik, über die sozialpolitische Gesetzgebung und über die Reaktion in der Justizpraxis und Justizgesetzgebung stehen.

Reichstagskandidatur.

Eine Kreisversammlung für den 8. badischen Reichstagswahlkreis (Rastatt-Baden) stellte am Sonntag für die demnächst im Kreise vorzunehmende Reichstagswahl den Genossen Schreinermeister Paul Müller in Baden-Dietersdorf als Kandidaten auf.

Deutsche Sozialdemokraten im Auslande.

In Bergen in Norwegen hat sich im Juli ein deutscher sozialdemokratischer Verein „Vorwärts“ gebildet, der schon 40 Mitglieder zählt. Versammlungen finden im Sommer Mittwoch und im Winter Sonnabends statt und zwar im Volkshaus (Folketshus), abends 8 1/2 Uhr. Das Verlehrslokal des Vereins ist das Café Lorangeim, Torvet 17. Dort liegen auch deutsche Zeitungen und Schriften aus. Der Verein wäre dankbar, wenn ihm von Parteigenossen Wähler oder Profschären, die nicht mehr gebraucht werden, überhandt würden.

Sozialistische Arbeit in Argentinien.

Die vier Genossen, die zum erstenmal in der argentinischen Abgeordnetenkammer eine ernsthafte Opposition bilden, haben einen schweren Stand gegen die 120 bürgerlichen, durch das gemeinsame Ideal der Volkssouveränität zusammengesetzten Abgeordneten. Während bisher das Budget nach oberflächlicher Prüfung durch die Kommission von der Kammer unbeschadet angenommen wurde, suchten die Sozialisten eine gründliche Prüfung durchzuführen und den Haufen von Korruption, der bürgerliche Politik und Geschäftswelt vereinigt, aufzudecken. Insbesondere forberten sie die Herabsetzung der Abgeordnetenentschädigung, die heute monatlich 1500 Peso (2700 M.) beträgt. Den Versuch der Mundstummung durch Antrag auf Einblöcknahme wußten sie durch geschickte Obstruktion unmöglich zu machen, so daß sie die Gründe ihrer Subjektivierung vollauf darlegen konnten. Genosse Justo kennzeichnete die Ungerechtigkeit des Steuerwesens: von rund 400 Mill. Peso (1 Peso = 1,80 M.) Einnahmen kommen 70 Proz. aus Zölle und Verbrauchssteuern. Keine Einkommen, keine Grundsteuer! Dazu erhalten die hohen Beamten Riesengehälter, die niederen Angestellten Hungerlöhne. — Genosse Palacios kennzeichnete die Mißwirtschaft bei den öffentlichen Arbeiten. Der Minister steht in engen Beziehungen zur Hochfinanz. Das Parlamentsgebäude — genannt „Goldpalast“ — hat bisher nur 33 Millionen Peso gekostet. Der Minister wußte sich bereit erklären, einem Untersuchungsausschuß Auskünfte zu geben.

Dinsichtlich der öffentlichen Wohlfahrtspflege: Gefängnisse und Armenwesen und öffentlicher Unterricht, legte Genosse Re-

petto die Mängel dar, ebenso Mario Brada die der Justiz und des Gefängniswesens. Und Genosse Del Valle Berluccia, der einzige Senator der Partei, hatte den Erfolg, im Senat die Erteilung einer großen Eisenbahnkonzession an ein ausländisches Konzortium sowie die Genehmigung einer neuen Anleihe von 500 Millionen Pesos zu verhindern. Diese ganze parlamentarische Arbeit hat in weitem Umfang dazu beigetragen, die Massen politisch aufzurütteln und einen durchgreifenden Kampf gegen das ganze herrschende Korruptionssystem wenigstens vorzubereiten. So befindet sich auch die Partei in kräftigem Fortschreiten. Seit 1. Juli erscheint unser Parteiblatt „Gangmarcia“ (Vorhut) achtsseitig, wobei eine Seite der theoretischen Aufklärung und der internationalen Arbeiterbewegung gewidmet ist. Eine Rotationsmaschine und 7 Schreibmaschinen sind vorhanden. Einen Teil der erforderlichen Mittel lieferten die Abgeordneten, die die Hälfte ihrer Entschädigung, zusammen monatlich etwa 6700 M., an die Partei kasse abliefern.

Die freien Gewerkschaften im Jahre 1912.

Das Wirtschaftsjahr 1912 trug kein einheitliches Gepräge, sondern wies die widersprechendsten Züge auf. Im Bergbau, in der Maschinen- und Metallindustrie sowie in der chemischen Industrie herrschte noch volle Hochkonjunktur, in der Textil-, Erd- und Stein- und Holzindustrie zeigten sich bereits die Einflüsse des Niederganges, der im Baugewerbe in vollem Maße empfunden wurde. Die Beschäftigtenzahlen waren im allgemeinen größer als im Vorjahre 1911, aber auch die Arbeitslosigkeit war größer geworden; sie stand in 8 Monaten des Berichtsjahres über dem Stand der gleichen Monate des Vorjahres und im Jahresdurchschnitt auf 122,4 Arbeitsuchende (1911: 121,1) pro 100 offene Stellen. Unter diesen Einflüssen hatte auch die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung zu leiden. Neben Verbänden mit erheblicher Mitgliederzunahme finden wir in anderen Verbänden schon Mitgliederverluste, und das letzte Quartal 1912 brachte sogar einen Rückgang der Gesamtziffer.

Die gewerkschaftlichen Zentralverbände zählten im Jahresdurchschnitt 1912:

2 530 390 Mitglieder

(gegen 2 320 988 im Vorjahre). Die Zunahme beträgt 9,02 Proz. (1911 = 15,05 Proz.). In diesen Zahlen sind die Verbände der Hausangestellten und der Landarbeiter nicht eingeschlossen, die 1912 zusammen 22 772 Mitglieder zählten. Rechnet man diese hinzu, so müßten die freien Gewerkschaften im Jahresdurchschnitt 1912 insgesamt 2 553 162 Mitglieder.

Die Ziffern stellen sich am Schluß des Jahres etwas höher. Am 31. Dezember 1912 hatten die Gewerkschaften 2 559 781 Mitglieder (gegen 2 400 018 Ende 1911). Die Zunahme betrug hier aber nur 15,97 oder 6,44 Proz. Die Verbände der Hausangestellten und Landarbeiter zählten Ende 1912 23 714 Mitglieder, so daß die Gesamtziffer aller freien Gewerkschaften 2 583 495 betrug. Den Höchststand erreichten die Gewerkschaften im 3. Quartal mit 2 572 624 Mitgliedern (ohne Hausangestellte und Landarbeiter), wogegen das 4. Quartal schon wieder einen Rückgang von nahezu 13 000 Mitgliedern brachte.

Nach der Höhe der Mitgliederzahl geordnet, hatten im Durchschnitt des Jahres 1912 Mitglieder:

Metallarbeiter 535 003, Bauarbeiter 335 500, Transportarbeiter 215 948, Fabrikarbeiter 205 026, Holzarbeiter 192 645, Textilarbeiter 140 217, Bergarbeiter 117 875, Buchdrucker 66 673, Zimmerer 61 572, Kaiser 51 621, Gemeindefahrer 50 058, Brauerei- und Mühlenarbeiter 49 834, Schneider 49 533, Schuhmacher 46 227, Tabakarbeiter 38 309, Buchbinder 32 374, Steinarbeiter 29 410, Bäcker und Konditoren 28 525, Maschinisten 25 761, Maschinisten 19 001, Dandlungsgehilfen 17 455, Lithographen 16 760, Porzellanarbeiter 16 575, Gastwirtsgehilfen 16 183, Buchdruckerhilfsarbeiter 15 751, Lederarbeiter 15 248, Sattler und Portefeuliers 14 168, Schmiede 12 874, Töpfer 12 057, Steinscher 10 939, Guttmacher 10 551, Tapezierer 10 434, Dachdecker 8938, Köchler 8518, Bureauangestellte 7233, Gärtner 6860, Fleischer 6172, Kupferhammer 5234, Glaser 4670, Kürschner 3810, Bildhauer 3777, Schiffszimmerer 3685, Lagerhalter 2935, Friseur 2532, Zivilmusiker 2008, Jigarrrenforrierer 1565, Asphaltreue 1249, Blumenarbeiter 1168, Rotensticker 445, Holzgraphen 428. Die Landarbeiter zählten im Jahresdurchschnitt 17 023, die Hausangestellten 5749 Mitglieder.

Die Organisation der gewerblich tätigen Mädchen und Frauen bewegt sich ebenfalls in ständig aufsteigender Richtung. Die Zahl der weiblichen Mitglieder der gewerkschaftlichen Zentralverbände ist von 191 392 im Jahresdurchschnitt von 1911 auf 216 462 im Berichtsjahre gestiegen. Von je 100 Mitgliedern der Gewerkschaften waren 1911: 8,2, 1912: 3,8 Prozent weiblichen Geschlechts. In den beiden Verbänden der Hausangestellten und Landarbeiter kommen 5788 und 606, zusammen 6394 weibliche Mitglieder hinzu, so daß sich die Gesamtzahl der weiblichen Organisierten auf 222 800 beläuft. Am Jahreschluß war die Zahl auf 228 670 gestiegen.

Angesichts der ungeheuren Schwierigkeiten, mit denen die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiterinnen zu rechnen hat, ist dieser wachsende Erfolg sicherlich sehr zu schätzen. Aber die Zunahme der Frauenarbeit in Handel, Industrie und Gewerbe ist eine so gewaltige, daß noch immer viel zu tun bleibt, um die Arbeiterinnenorganisation auf die Höhe zu bringen, die die Organisation der männlichen Arbeiter erreicht hat. Waren doch bei der Berufsählung des Jahres 1907 nicht weniger als 17,2 Proz. der erwerbstätigen industriellen Lohnarbeiter weiblichen Geschlechts und im Handel und Verkehr stieg das Verhältnis auf 32,0 Proz. In den einzelnen Verbänden wurden an weiblichen Mitgliedern gezählt:

Textilarbeiter 53 883, Metallarbeiter 23 548, Fabrikarbeiter 25 146, Tabakarbeiter 17 918, Buchbinder 15 079, Dandlungsgehilfen 10 510, Schneider 10 456, Schuhmacher 8900, Buchdruckerhilfsarbeiter 8750, Transportarbeiter 7734, Holzarbeiter 6884, Guttmacher 4980, Bäcker und Konditoren 4574, Porzellanarbeiter 3329, Brauerei- und Mühlenarbeiter 1435, Gemeindefahrer 1371, Lederarbeiter 1289, Kürschner 1221, Gastwirtsgehilfen 1157, Sattler und Portefeuliers 1083, Maschinisten 1000, Blumenarbeiter 648, Jigarrrenforrierer 451, Bureauangestellten 254, Fleischer 232, Steinarbeiter 195, Lagerhalter 163, Tapezierer 150, Kaiser 44, Gärtner 27, Friseur 2.

Die Gesamteinnahmen der Zentralverbände haben sich von 72 086 957 M. (1911) auf 80 233 575 M. erhöht, während die Gesamtausgaben von 60 025 090 M. auf 61 106 875 M. wuchsen. Die Vermögensbestände erhöhten sich von 62 105 821 M. auf 80 797 768 M. Auf den Kopf der Mitglieder berechnet betragen die Einnahmen 31,71 M. (1911: 31,06 M.), die Ausgaben 24,15 M. (1911: 25,56 M.) und die Vermögensbestände 31,98 M. (1911: 26,76 M.).

Von den Gesamtausgaben in Höhe von 61 106 875 M. entfielen (im Vergleich zu denen vom Jahre 1911) auf

	1911	1912
Bildungszwecke	2 880 205	3 220 911
Unterstützungszwecke	38 677 342	37 194 412
Agitation, Stellenvermittlung, Generalverammlungen und Verbindungen	7 894 890	9 064 744
Verwaltungskosten	10 563 648	11 625 608

Die gesamten Verbandsvermögen betragen 80 797 768 M., von denen 62 934 731 M. in den Hauptstätten verblieben. Im Durchschnitt entfällt auf jedes Gewerkschaftsmitglied ein Vermögensanteil von 31,98 M. (gegen 26,76 M. im Vorjahre). Bei den einzelnen Verbänden schwankt dieser durchschnittliche Vermögensanteil zwischen 228,12 M. bei den Rotensticker, denen die Buchdrucker mit 151,79 M. zunächst kommen, und 2,84 M. bei den Tabakararbeitern, nach denen die Dandlungsgehilfen mit 3,81 M. rangieren.

Der Rückgang der Ausgaben für Unterstützungen erklärt sich

Sor allem aus dem vermindernden Aufwand im Berichtsjahre für Streikunterstützung. Fast 5 Millionen Mark wurden gegenüber dem Vorjahre und mehr als 7 Millionen Mark gegenüber dem Jahre 1910 an Streikunterstützungen erpart. Wenn es auch im Berichtsjahre an Kämpfen nicht gefehlt hat und besonders im Verlaufe ein recht umfangreicher Kampf entbrannt war, so fehlte es doch an so langdauernden Kämpfen wie in den Vorjahren, die große Unterstützungssummen verschlangen.

Es wurden an Unterstützungen gezahlt:

	1910	1911	1912
Reise	1 015 984	1 028 481	1 179 102
Umzug	816 452	866 865	405 408
Arbeitslose	6 075 522	6 340 544	7 741 240
Kranke	9 028 693	10 266 730	11 436 326
Sterbefälle	884 012	1 045 656	1 178 310
Wohlfälle	548 567	470 048	515 846
Gewahrgelte	809 738	885 519	1 070 752

Dagegen wurden für Streikunterstützung verausgabt:

	1910	1911	1912
	19 608 605	17 903 329	12 485 183

Die Ausgaben für Streikunterstützung betragen im Berichtsjahre nur wenig mehr als die Hälfte der Ausgaben für die übrigen Unterstützungswecke. In den 22 Jahren seit 1891 brachten die Zentralverbände 165,8 Millionen Mark für friedliche Unterstützungswecke und 121,5 Millionen Mark für Streikunterstützung auf.

Einige besondere Beachtung verdienen die Ausgaben der deutschen Zentralverbände für die Unterstützung ihrer arbeitslosen Mitglieder. Im Berichtsjahre waren alle Mitglieder der Gewerkschaften teils für Arbeitslosigkeit am Orte, teils für solche auf Reise oder für beides versichert. Die Aufwendungen für solche Unterstützungen erreichten im Jahre 1912 8 920 342 Mark gegenüber 7 388 975 M. im Jahre 1911, 7 091 508 M. im Jahre 1910 und 7 201 351 M. im Jahre 1909. Seit dem Jahre 1891 haben die Gewerkschaften für ihre arbeitslosen Mitglieder etwa 68 Millionen Mark aufgewendet. Sie haben damit für alle Zeit ihre Priorität auf dem Gebiete der Arbeitslosenversicherung und zugleich ihren Anspruch begründet, bei der gesetzlichen Regelung dieser Materie als grundlegende Organisation anerkannt zu werden. Sobald nunmehr auch die größten Organisationen des Baugewerbes dazu übergehen werden, ihre Mitglieder gegen Arbeitslosigkeit am Orte zu unterstützen, dürfte der Einwand, daß die gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung nur einen kleinen Teil der Arbeitslosen und dabei noch nicht einmal den am meisten von der Arbeitslosigkeit Betroffenen zugute käme, bald entkräftet sein, denn es steht jedem Arbeiter der Eintritt in die gewerkschaftlichen Zentralverbände frei und man müßte es sogar von einem jeden als seine berufliche Pflicht verlangen, daß er sich der Unterstützung bei der Aufrechterhaltung des beruflichen Standards der Life nicht entziehe und zur Unterstützung seiner Kollegen beitrage. Die Gewerkschaften aber, die schon seit Jahren, zum Teil sogar seit Jahrzehnten keine Opfer gescheut haben, die Arbeitslosen zu unterstützen und die in ihrer Organisation das System der Versicherung geschaffen und lebensfähig entwickelt haben, das sich seither nicht bloß als das beste, sondern selbst als das einzig brauchbare bewährt hat, dürfen von Reich, Staat und Gemeinde verlangen, daß diese für ihre im gemeinnützigen Interesse gemachten hohen Aufwendungen schadlos halten und ihnen wenigstens einen Teil der für Arbeitslosenunterstützung verausgabten Summen zurückvergüten. Das Genet System bezeichnet den Weg, auf dem diese Zurückvergütung am einfachsten zu regeln wäre und gerade jetzt, angesichts der drohenden Zeichen einer neuen Arbeitslosigkeitsperiode, ist es an der Zeit, daß mit der Einführung des Genet Systems der Arbeitslosenversicherung endlich Ernst gemacht wird, denn die Gewerkschaften sind allein nicht imstande, allen den an sie heran tretenden Anforderungen der Massenarbeitslosigkeit genügen zu können.

Soziales.

Zwang zum Fortbildungsschulbesuch. Vom Besuch der ländlichen Fortbildungsschule für Lektoren und Kreisch wollten die jugendlichen ländlichen Arbeiter Timmermann, die einen weiten Weg zur Fortbildungsschule zu machen haben, befreit sein, weil sie, wie die ganze Familie zum Rheumatismus neigen. Ein Arzt hatte ihnen bezeugt, daß ihre Befreiung aus dem von den jungen Leuten geltend gemachten Grunde zweckmäßig wäre. Der Schulvorstand gab aber nicht die Genehmigung. Trotzdem blieben die jungen Männer vom Unterricht fern.

Das Landgericht zu Donaubrunn als Berufungsinstanz verurteilte sie zu Geldstrafen, worauf die Angeklagten Revision einlegten. Es wurde unter anderem auch die Gültigkeit des Ortsstatuts angezweifelt.

Das Kammergericht verwarf die Revision mit folgender Begründung: Das Ortsstatut für die ländliche Fortbildungsschule für Lektoren und Kreisch sei ortsbüchlich bekannt gemacht worden. Ebenso habe eine ortsbüchliche Bekanntmachung des Stundenplans stattgefunden. Ortsstatut und Stundenplan seien gültig. Die Angeklagten seien auch mit Recht verurteilt worden, trotz des erwähnten ärztlichen Attestes. Hier handelte es sich um ein Befreiungsverlangen aus Zweckmäßigkeitsgründen. Das Statut bestimme nun ausdrücklich, daß die Befreiung aus solchen Gründen erst dann wegbleiben können, wenn der Schulvorstand die Erlaubnis erteilt hat. Da das nicht geschehen ist, haben sich die Angeklagten strafbar gemacht.

Spätdarar Arbeitslohn.

Nach dem Lohnbefehlagnahmegezet ist eine Lohnfindung aus gewöhnlichen Schulden ausgeschlossen, wenn das Gehalt 1500 M. nicht übersteigt. Um der Gehaltsfindung zu entgehen, sind in letzter Zeit öfters Anstellungsverträge geschlossen worden, nach denen der Angestellte nur 1500 M. als Gehalt erhält, während das Geschäft, bei dem er tätig ist, an die Ehefrau weitere Verträge zahlt, so daß unter Umständen 5-6000 M. und noch mehr in Wirklichkeit vom Geschäft bezahlt werden, obwohl das eigentliche Gehalt nur 1500 M. ausmacht. Das Reichsgericht hat solche Verträge nicht ohne weiteres als den guten Sitten zuwiderlaufend erklärt, hat aber auch die Verträge nicht generell sanktioniert, so daß auf diesem Gebiete ein sehr unsicherer Rechtszustand eingetreten ist. Wie obige gemeldet wird, will deshalb die Reichsjustizverwaltung die Frage solcher Verträge eingehend prüfen und eventuell gesetzliche Maßnahmen vorschlagen.

Aus Industrie und Handel.

Berliner Arbeitsmarkt im Juli. Der Zentralverein für Arbeitsnachweis berichtet: Bei einzelnen Zweigen der Metall- und Maschinenindustrie hat zwar die Tendenz etwas angezogen, im allgemeinen liegt aber der Berliner Arbeitsmarkt sehr danieder, besonders für die Holzarbeiter, unter denen eine große Arbeitslosigkeit herrscht. Im Zentralarbeitsnachweis ist die Nachfrage nach ungelerten Arbeitern um über 40 Proz. zurückgegangen, und von den Arbeiterinnen wird jene nach so gering entlohnte Arbeit angenommen. Bedarf besteht nach landwirtschaftlichen Arbeitspersonal, das aber in Berlin nur in geringem Umfange aufzutreiben ist. Einzelne Spezialbranchen, wie Posamentiere, Felature, Rüstler, Auto- und Wagenfalter und auch das Galvanisiergewerbe melden befriedigenden Geschäftsgang. Die Mitgliederzahl der Krankenkassen haben sich gegen den Vormonat wenig geändert; auch die Einnahmen der Landesversicherungsanstalt Berlin aus Rentenbeiträgen haben sich auf der Höhe des Vorjahres gehalten.

Die ungünstige Lage im Berliner Arbeitsmarkt macht sich im Zentralarbeitsnachweis weiter unliebsam bemerkbar. Bestel-

lungen aus Handel und Industrie gehen äußerst spärlich ein. Die Wartefälle sind von Arbeitssuchenden überfüllt. In der Abteilung für ungelernete männliche Arbeiter wurden im Juli 2271 offene Stellen gemeldet, im Berichtsmontat des Vorjahres dagegen 3919. Es kamen auf 100 offene Stellen 164 Arbeitsuchende, im Vorjahre 130 und im Vormonat 150. In der weiblichen Abteilung wurden 1481 offene Stellen gemeldet, im Juli des Vorjahres 1972. Es entfielen auf 100 offene Stellen 121 Arbeitsuchende, im Vorjahre 104, im Vormonat 134. Die Nachfrage schien sich in den ersten Wochen etwas zu heben, blieb aber trotzdem gegen Juli 1912 auf allen Arbeitsgebieten zurück. Andauernd ungünstig blieb die Lage in der Metall-, Buchdruck- und Konfektionsbranche. In der Dampfwäscherei war wegen des Fühlens Welters die Nachfrage bedeutend geringer wie im Vorjahre. Der Durchschnittslohn der ungelerten Arbeiterinnen ist mit 12,49 M. auch etwas niedriger wie im Vorjahre (12,56 M.).

Konjunktur und Eisenmarkt. Auf einen recht pessimistischen Ton ist wiederum der Bericht der „Rhein-Westfäl. Zig.“ über den Eisenmarkt getrimmt; es heißt dort: „Die Werkslage war in den letzten Wochen stiller. Nachdem die Werke vor Monatsfrist härter verkauft hatten, zeigen sie heute zu den außerordentlich gesunkenen Preisen wenig Reigung, Abschlüsse auf längere Fristen zu tätigen; sie ziehen vielmehr vor, möglichst nur Tagesgeschäfte zu Tagespreisen hereinzunehmen. Die Preisbewegung im Markt ist schwach; sie neigt jedenfalls nach unten, wenn infolge der größeren Geschäftstillle die Kurve sich auch weniger ausprägt, wenigstens soweit Stabeisen in Frage kommt. Soweit die Entwidlung heute zu überblicken ist, muß es auffallen, daß nicht schon eine stärkere Krise eingetreten ist, daß vielmehr ein laufender Bedarf sich fortgesetzt erhält, wie aus dem Umstand zu schließen ist, daß ständig Aufträge für sofortige Lieferung bei den Werken einlaufen. Es sind offenbar nirgends Vorräte vorhanden, vielmehr scheinen die Großhändler ihre Lager ziemlich geleert zu haben. Es befindet sich demnach in der Zwischenhand auffallend wenig Material, so daß der Markt keinerlei Belastung aufweist. Dafür werden die vielen und leistungsfähigen Neuanlagen sich jetzt immer stärker bemerkbar machen; die gedrückten Preise in Medien dürften nur darauf zurückzuführen sein. Eine günstige Perspektive eröffnet sich den Marktverhältnissen deshalb vorläufig nicht. Sie werden unter Druck bleiben, zumal ja nicht damit zu rechnen ist, daß noch im Laufe dieses Jahres eine Geldverbilligung eintreten wird. Mit dem Herbstgeschäft in Eisen scheint es nichts zu werden, nachdem bisher davon noch wenig verspürt worden ist. Für den Zwischenhandel ist das Geschäft äußerst schwierig geworden, da zwischen seinen Einkaufs- und Verkaufspreisen sich nur schwer eine Spanne erzielen läßt, durch die er bei seinen Geschäften einen Verdienst erhält. Da die Verhältnisse am Weltmarkt sich gleich ungünstig entwickeln, so kann trotz der eingetretenen politischen Beruhigung auf eine allgemeine Besserung noch nicht gehofft werden. Die Rohstoffmärkte tragen den Stempel der Abwärtigung ebenfalls an sich, wenn man auch bisher in den Preisen noch nicht zurückgegangen ist. Es wird sich aber unter den gegebenen Verhältnissen kaum vermeiden lassen, die heutigen Rohstoffpreise den gesunkenen Fabrikationspreisen anzupassen. Als erste Instanz wird das Kohlenhandels mit seinen Rohpreisen etwas nachgeben müssen, da die Rohpreisenpreise damit im engsten Zusammenhang stehen. Wenn die Rohpreisenabnahme bisher auch noch den Werken befriedigende Beschäftigung gebracht hat, so ist doch nicht zu verkennen, daß dem Syndikat in den unstrittenen Absatzgebieten Preisverfalligkeiten entstehen bzw. schon entstanden sind. Die Preise müssen denjenigen des konkurrierenden Auslandes angepaßt werden, um zu verhindern, daß fremdes Material in großem Maßstabe Eingang findet. Dadurch werden natürlich die Preise bereits etwas vermindert, und das Syndikat wird gezwungen sein, seine Verrechnungspreise schon in laufendem Semester mit den Werken etwas herunterzusetzen. Es wird aber weiter auch sich der Verpflichtung nicht entziehen können, seine Inlandspreise den Preisen der übrigen Eisenerzeugnisse etwas anzupassen, nachdem Halbzeug im Preise um etwa 10 M. (inklusive Ausfuhrvergütung) herabgesetzt wurde.“

Ein vernünftiger Erlaß.

Von der Vereinigung elektrotechnischer Spezialfabriken wird und geschrieben: Die großen Elektrizitätskonzerne sind nach wie vor bestrebt, kommunale Elektrizitätswerke durch Kauf, Pachtung oder Gründung sog. gemeinschaftlicher Unternehmungen unter ihre Kontrolle zu bekommen. Wenn auch die damit für die Gemeinwesen verbundene Gefahr mehr und mehr erkannt wird — erst kürzlich haben u. a. die Städte Offenbach, Karlsruhe und Kassel die Errichtung von gemeinschaftlichen Unternehmungen abgelehnt — dürfte es doch angebracht sein, darauf hinzuweisen, daß das Sächsische Ministerium des Innern erst sich neuerdings zugunsten der kommunalen Elektrizitätsversorgung ausgesprochen hat. In der Verordnung sagt es:

„Das Ministerium des Innern hat bereits früher ausgesprochen, daß ihm die Stromversorgung durch die Gemeinden dem öffentlichen Wohl in der Regel am meisten zu entsprechen scheint. Die Aufsichtsbehörden werden daher die Stromversorgung durch öffentliche Körperchaften nach Kräften zu fördern haben. Damit sie dies mit Erfolg tun können, sind die Gemeinden angewiesen, in jedem Falle, wo sie mit einem privaten Unternehmer in wenn auch zunächst nur formlose und unverbindliche Verhandlungen über die Versorgung ihres Gebietes mit elektrischer Energie oder über die Stilllegung oder Veräußerung ihres Werkes treten, alsbald der Aufsichtsbehörde Anzeige zu erstatten. Die Aufsichtsbehörden haben von dieser Anzeige alsbald dem Verbands der im Gemeindebesitz befindlichen Elektrizitätswerke Sachens sowie den sonstigen in ihrem Bezirke die Stromversorgung betreibenden öffentlichen Verbänden Mitteilung zu machen, damit diesen ermöglicht wird, rechtzeitig den Wettbewerb mit den privaten Unternehmern aufzunehmen.“

Im Interesse der Allgemeinheit wäre es, wenn diese Grundzüge auch in den übrigen deutschen Bundesstaaten mehr und mehr zur Anwendung gelangen, damit sich die Elektrizitätsverbraucher nicht eines schonen Tages einem übermächtigen Elektrizitätskonzern gegenübersehen.

Der Lloyd. Der Norddeutsche Lloyd erachtet in Hamburg eine Agentur, die die Schiffsfahrtsinteressen des Lloyd direkt in Feindesland vertreten soll. Diese Maßnahme ist eine direkte Folge des Streikes, der vor einiger Zeit zwischen beiden Schiffsverkehrsverwaltungen ausgebrochen ist. Unter diesen Umständen darf an eine friedliche Lösung der Angelegenheit wohl kaum gedacht werden, der Interessengegensatz läuft auf eine heftige Machtprobe hinaus. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Hamburg-Amerika-Linie bald mit einem Gegenhochzug antworten.

Letzte Nachrichten.

Der Siegeszug der Cholera.

Petersburg, 1. September. Die Stadt Cherson ist für Cholera droht erklärt worden; es sind dort vom 26. August bis 28. August drei bakteriologisch festgestellte Fälle vorgekommen. Die energichsten Maßnahmen wurden getroffen.

Schredensstat einer Mutter.

Mannheim, 1. September. (B. Z. M.) Wie die „Neue Wobische Landeszeitung“ meldet, ermordete die Ehefrau des Klempners Freiler ihre beiden Kinder im Alter von 14 und 3 Jahren und verübte darauf Selbstmord. Die Frau brach sich dem jüngeren Kinde den Hals, so daß der Tod sofort eintrat; bei dem älteren Kinde, dem sie beide Arme am Oberarm abtrennte, trat bald nach der Einlieferung im Krankenhaus der Tod ein. Der Grund für die Tat soll in Streitigkeiten mit Verwandten zu suchen sein.

Gedankenvoll sein



C & A
 BRENNINKMEYER G.M.B.H.
 Damen-Konfektion
 Königstrasse 33
 Chausseest. 113

R

JOSETTI
 Cigaretten
JUNO 2³

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Berlin O., Rosenthalerstr. 11/12, Restaurant Schilling, Amt Norden, 2438.

Achtung!
 Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten **Vorständen, Komitees und Saalhabern** unseren **kostenlosen Arbeitsnachweis, Rosenthalerstr. 11/12.**
 Geschäftszeit täglich von 10^{1/2}—1 Uhr mittags.
 Kapellen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand.
 NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 3. Quartal geld und muß mit dem Verbandstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzuhalten.



LYSOFORM



das bekannte Desinfektionsmittel kann im Sommer zu Fußbädern nicht genug empfohlen werden. Lysoform verhindert Wundlaufen, beseitigt übermäßigen Schweiß und jeden üblen Geruch, stärkt und erfrischt die Haut.

Echt nur in Originalfl. von 65 Pf. an.



Bekanntmachung. Orts-Krankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker zu Berlin.

Der Beschluß der Generalversammlung vom 27. August 1913, unsere Kasse ab 1. Januar 1914 mit der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Berlin zu vereinigen, ist am 30. August 1913 vom Königl. Oberverwaltungsamt Groß-Berlin genehmigt worden. (V. A. 1087/13). Dies wird allen Beteiligten hierdurch zur Kenntnis gebracht mit dem besonderen Hinweis, daß alle Arbeitgeber und volljährigen Versicherten berechtigt sind, an den **am 28. September d. J. stattfindenden Wahlen** zum Ausschuss der Allgemeinen Ortskrankenkasse der Stadt Berlin teilzunehmen. Näheres über die Wahlen ist aus der Bekanntmachung der Allgemeinen Ortskrankenkasse vom 23. August 1913 ersichtlich, auf welche ausdrücklich verwiesen wird. 20845
 Berlin, den 1. September 1913.
 Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker.
 Der Vorstand.
 Richard Rürberg, Vorsitzender,
 Jonas Stahl, Schriftführer.

Dr. Simmel H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz 10-2. 5-7. Sonntags 10-12.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik. Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten. Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer. Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen. Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen. Amt 4, 3014.

Achtung! Schöneberg. Achtung!

Martin-Luther-Straße 69 **Etablissement „Neue Rathaussäle“** Martin-Luther-Straße 69 Große und kleine Säle bis 800 Personen. 16292. Inhaber **Emil Ebrecht.** Den geehrten Vereinen und Parteigenossen empfehle meine Säle zu Festlichkeiten unter ganz günstigen Bedingungen. — Sonnabend, den 27. September, und einige Sonnabende im Oktober und November zu vergeben.

H. Pfau, Bandagist

Berlin Direksenstraße 20 C., am Bahnhof Alexanderplatz und Vollzeipräsidentium. — Amt Kst. 3208. Für Damen Frauen-Bedienung. Lieferant für alle Krankenkassen. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsbil.

Gewerkschaftliches.

Die Arbeitslosigkeit bei den Berliner Buchdruckern.

Die Merkmale der hereinbrechenden wirtschaftlichen Krise zeigen sich mit erschreckender Deutlichkeit. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu. Sie hat in manchen Berufszweigen schon jetzt einen so bedeutenden Umfang erreicht, daß es dringend erforderlich ist, das Problem der Arbeitslosigkeit eingehend zu erörtern und auf Mittel zu sinnen, die geeignet sind, der wachsenden Not zu steuern, ehe sie zu einer allgemeinen Katastrophe im Wirtschaftsleben wird.

Es mag vorweg bemerkt sein, daß das Jahr 1912 nach Angabe des Verein der Buchdruckereibesitzer eine gute Konjunktur aufzuweisen hatte. Trotzdem war, wie die erwähnte Statistik zeigt, die Arbeitslosigkeit im Berliner Buchdruckergewerbe nach Umfang und Dauer schon sehr erheblich. Waren doch von den 11 895 Mitgliedern des Vereins der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer im Jahresdurchschnitt 887 gleichzeitig arbeitslos.

Kleines feuilleton.

Karl Weisers Helatonheiten. Die Jugendliebe des Ende Juni verstorbenen Oberregiments am Weimarer Hoftheater Karl Weiser hat dem Sozialismus und der Sache des kämpfenden Proletariats gegolten. In der Nummer vom 2. Juli hat der „Vorwärts“ über Karl Weiser als Dichter des Proletariats berichtet.

Der bedeutendste Hymnus Weisers auf das Ringen der Arbeit nach Befreiung sind seine Helatonheiten, das Lied vom hundertarmigen Riesen Proletariat. Diese Dichtung ist von dem Großen Komponisten Lisäher vertont worden. Dichter und Musiker waren durchdrungen vom Gefühlleben der Arbeiterschaft; Arbeiter sind in erster Linie berufen, das Werk aufzuführen und zu hören.

der Fälle, die auf den einzelnen Arbeitslosen kommen, ist gegen früher gestiegen. Von den 4971 Arbeitslosen waren 1996 oder 40,15 Proz. einmal, 1094 oder 22,01 Proz. zweimal, 703 oder 14,14 Proz. dreimal, 445 oder 8,95 Proz. viermal und 733 oder 14,4 Proz. öfter als viermal im Jahre arbeitslos.

Die Arbeitgeber behaupten, die große Arbeitslosigkeit in Berlin sei auf einen starken Zuzug von außerhalb zurückzuführen. Das trifft aber nicht zu, denn im Jahre 1912 sind von Berlin 1049 Mitglieder abgereist und 996 zugereist und in Arbeit getreten. Also Zu- und Abgang halten sich ziemlich die Wage.

Angesichts der hohen Arbeitslosenziffern im Buchdruckergewerbe berührt es eigentümlich, daß in vielen Betrieben eine große Zahl von Ueberstunden geleistet wird. Ueber diesen Punkt hat der Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer für die Zeit vom 17. Februar bis 22. März 1913 eine Erhebung veranstaltet.

Wenn bei einer so günstigen Geschäftslage, wie sie das Jahr 1912 aufzuweisen hatte, eine so erhebliche Arbeitslosigkeit herrschte, daß in der vierten Märzwoche der für das ganze Jahr niedrigste Stand der Arbeitslosenziffer immer noch 518 betrug, so kann man sagen: Mehr als 500 Buchdrucker sind im Gewerbe überflüssig, eine Reservearmee von mehr als 500 Köpfen stand den Arbeitgebern selbst in der Zeit des besten Geschäftsganges zur Verfügung.

Schon im Jahre 1912 haben die Berliner Buchdrucker ihren arbeitslosen Mitgliedern 522 589 M. Unterstützung gezahlt. In anderen Gewerben sind die Verhältnisse ebenso. Die Lasten, welche die Gewerkschaften für Arbeitslosenunterstützung zu tragen haben, werden in der Krisenzeit ihre Kräfte übersteigen.

Berlin und Umgegend.

Die Holzleger und Helfer Berlins nahmen in einer überaus stark besuchten Versammlung in den Konfordia-Festhallen Stellung zu der Geschäftsordnung des Facharbeitsnachweises. Diese berichtete, und versprochen „zum kommenden Streit das rote Kleid“.

Der Arbeiter-Sängerkund hat das Chorwerk erworben. Man kann gewiß sein, daß es nach Erfurt und Jena noch an vielen Orten Deutschlands, wo Arbeitergefang und Bildungsarbeit die nötigen Voraussetzungen geschaffen haben, ertönen wird.

August Bebel. Die neue Nummer des „Simplicissimus“ bringt folgendes Gedicht von Edgar Steiger auf Bebel:

Ihr Galben und ihr Lauen, kommt Heran! In diesem Grabe ruht ein ganzer Mann. Maulschaffen, betet! Dieser Atheist — Bestaunt das Wunder! — war ein echter Christ. Ihr Patrioten, wenn's noch welche gibt, Wer hat wie er sein Vaterland geliebt? Staatsmänner, lernt, wie einer neuen Welt Umsonst die Dummheit sich entgegenstellt! Ihr Generale, zieht den Federhut! Der Marschall Vorwärts watet nicht im Blut. Bekrönte Häupter, sagt mir, wessen Reich Auf dieser Erde wohl dem seinen gleich! Du aber, Menschheit, hebe stolz das Haupt! Denn, der hier ruht, er hat an dich geglaubt.

Musik.

Die Sinfonie-Konzerte des Blüthner-Orchesters, jetzt von Rog Wachsman geleitet, erzielen nun ein Publikum, das ernsthaft nach Erfassung der Musikwerke großer Meister verlangt, und man darf sagen, dies einzig herrliche Berliner Orchester erfüllt die Aufgabe, die es sich vorgezeichnet hat, durch die Aufträge jeden Konzertabends immer aufs neue. Ist es wohl notwendig, den unermesslichen Gewinn aller wirklichen Höflichkeit für die Gemütsveredelung immer noch gegen dornierte Anschauungen zu verteidigen? Gewiß — jene Art Musik, die von oberflächlichen Nachahmern herkommt, sie ist schlimmer als Gift und Pestilenz.

daß die Unternehmer eine ganze Reihe Verschlechterungen in die neue Geschäftsordnung hineinbringen wollten; jedoch gelang es durch Verhandlungen, den Wünschen der Arbeitnehmer zu entsprechen. Die Geschäftsordnung wurde schließlich gegen wenige Stimmen angenommen. Darauf berichtete Siering über die bisherige Durchführung des Tarifvertrages. Da eine erhebliche Anzahl Firmen außerhalb des Tarifvertrages stehen, war die Bewegung durch den Tarifabschluss mit dem Arbeitgeberverband noch nicht erledigt, sondern die übrigen Unternehmer mußten gefordert werden.

Nach einem Bericht der „Volks-Zeitung“ vom 26. August hat auch Herr Biewenthal mit den ihm noch treuebliebenden Mitgliedern Stellung zum Tarif genommen. Ganze 19 Mann waren anwesend. Wie groß das Interesse der „Volks-Ztg.“ für Biewenthal ist, mag man daraus erleben, daß sie einen Bericht von 45 Zeilen über die 19-Männer-Versammlung gebracht hat.

Zur Tarifbewegung der Kürschner.

Der Beschluß, am Sonnabend überall da, wo der Preistarif nicht anerkannt worden ist, die Arbeit ruhen zu lassen, ist in weitestem Umfang ausgeführt worden. Bei den größten Firmen haben die maßgebenden Leute die Arbeit verweigert. Die Fabrikanten haben bereits zu Mittwoch Verhandlungen nachgesucht. Die selbständigen Kürschner sind entschlossen, ohne Anerkennung ihres Tarifs die Arbeit nicht wieder aufzunehmen.

Achtung, Sattler! In der Militäreffektenfabrik von Johann Friedrich Karl Ludewig, Lindenstr. 93, haben sämtliche Kollegen wegen Nichtanerkennung des Berliner Tarifs die Arbeit niedergelegt. Zuzug ist streng fernzuhalten. Die Tarifkommission. J. A. Alfred Riebel.

Achtung, Fleischergehilfen! Der Fleischermeister Willi Ewald, Appelner Str. 12, hat den mit ihm vereinbarten Tarifvertrag gekündigt. Der Betrieb ist bis auf weiteres gesperrt. Verband der Fleischer.

Differenzen im Schuhmachergewerbe in Straußberg.

Die gesamte Arbeiterschaft der Schuhfabrik „Dolphin“ (Inhaber G. Jentsch) in Straußberg bei Berlin hat am vergangenen Sonnabend die Kündigung eingereicht. Seit fast einem Jahre nehmen die Differenzen in diesem Betriebe kein Ende. Eine das gewöhnliche Maß weit übersteigende Gewinnlust treibt den Unternehmer dazu, alle möglichen Mittel und Wege ausfindig zu machen, um bei den alten, meistens sehr niedrigen Lohnsätzen eine ständig gesteigerte Leistung von jedem einzelnen Arbeiter zu verlangen.

daß sie ihnen zufließen — anstatt einer, sei es von Militär- oder privaten Biergarten-Kapellen schlimmster Art verzapften Tangelangelei sich anzuliefern.

Freie Volkshöhne im Deutschen Opernhaus, Charlottenburg. Mit Otto Nicolais „Lustigen Weibern von Windsor“ setzte am Sonntag die neue Spielzeit ein. Daß diese Erstaufführung unter einem besonderen künstlerischen Zeichen gestanden hätte, wird man nicht behaupten können. Die vor den Theaterferien hatte mehr „Schmäh“, sowohl auf der Bühne als im Orchester. Damals gab es zauberischen Klang durchweg. Diesmal kam gleich die Tubertüre etwas matt und farblos; und auch später während des Spiels wurden die solistischen Gesangsparts manchmal allzu mäßig durch die Begleitung gedeckt.

Notizen.

Theaterchronik. Frank Wedekind eröffnet mit seiner Gattin das Gastspiel in den Kammerspielen des Deutschen Theaters Ende dieser Woche. Er wird die Hauptrollen in seinen Werken darstellen und dieselben auch selbst in Szene setzen. Das Gastspiel beginnt am kommenden Freitag mit der Berliner Erstaufführung des Mysteriums „Franziska“. — Das Deutsche Schauspielhaus eröffnet demnächst die Reihe seiner Sonntags-Nachmittags-Vorstellungen. Zunächst gelangt am 7. September Ibsens „Aora“, am 14. September „Fedda Gabler“ zur Aufführung. — Kunstchronik. Kubistische Skulpturen und Zeichnungen von dem in Paris lebenden Russen Alexander Archipenko werden auf der 17. Ausstellung „Der Sturm“, Potsdamer Straße 134a, zum erstenmal in Deutschland gezeigt. Die Ausstellung wird heute eröffnet und ist täglich von 10-6, Sonntags von 11-2 Uhr zu besichtigen. — Aleräumliche Boote. Im Wilsuh bei Palmstadt in Süchthaus wurden bei Tiefbauarbeiten zwei Kanus aus Eichenholz gefunden, deren Alter auf 1000 Jahre geschätzt wird. Das eine drei Meter lange, sehr tiefe Boot ist noch völlig gebrauchsfähig. Die Boote sollen Spuren der Bearbeitung mit Steinäggen zeigen.

Isirde. Scheinbar gab der Fabrikant wieder nach, um vierzehn Tage später den Vorkäufer der Zuschneider zu entlassen, in wenigen Monaten das dritte Ausschussmitglied, das diese gasliche Stätte verlassen mußte. Nun war die Geduld der Arbeiter erschöpft und alle reichten die Kündigung ein.

Es wird gebeten, auf Arbeitsangebote dieser Firma nicht einzugehen.

Achtung, Militärattache! Die in den Spezialbetrieben für Offizierausrüstungen beschäftigten Sattler haben wegen Ablehnung der gestellten Forderungen einmütig die Arbeit niedergelegt. Die Deutsche Militärausrüstungsgesellschaft, Alexandrinenstr. 14, hat es ganz besonders eilig, arbeitswillige Sattler zu bekommen und bedient sich dazu einer Dedadrese. Herr Hans Werner, Inhaber der Mustalienhandlung Richard Kuhn, Grüner Weg 17, hat es übernommen, die sich meldenden Arbeitswilligen der Deutschen Militärausrüstungsgesellschaft zuzuführen. Ebenso bemüht sich der bekannte Arbeitsvermittler des Herrn Kasse, Kaiser-Franz-Grenadier-Platz 1, Arbeitswillige für die Offizier-Ausrüstungsbetriebe zu gewinnen. Wir erfordern um strikte Ablehnung all dieser Arbeitsangebote.

Kerner eruchen wie die Kollegen in den übrigen Militäreffektenwerkstätten, ja ein wachames Auge auf eventuelle Streikarbeit zu haben. Es steht besonders zu erwarten, daß die bestreikten Unternehmer Helme in andere Werkstätten unterzubringen suchen. Jede Streikarbeit ist selbstverständlich zu verweigern.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Sattler und Portefeuliers.

Deutsches Reich.

Zwischen zwei Stühlen.

Der Verein für Handelskommis von 1888, der Sonnabend in Ragdeburg zwischen zwei Festen eine Tagung abhielt, ist bekanntlich ein Harmonieverein, will keine Gewerkschaft sein und kämpft erbittert gegen den Zentralverband und seine Erbtöchter. Ein ganzes Referat des Dr. Köhler-Hamburg war diesem Kampf gewidmet. Der Verein will aber doch auch wieder den „nationalen“ Schwindeln nicht mitmachen und mit dem antimilitaristischen Hamburger Deutschenationalen Handlungsgehilfenverband nichts zu tun haben — das sprach der Vorsitzende aus, während Dr. Köhler wieder bitter klagte, daß dieser Verband nicht einmal den Kampf gegen die Profitorientierung von Handlungsgehilfen durch uniformierte Reichspensionempfänger unterstütze. 120 000 Mitglieder will der in der Hauptsache Stellenvermittlung und Versicherung treibende Öber Verband haben. Aber in der Debatte sprachen einfache Mitglieder von Schläfferanzheit in dieser Organisation, und Herr Baum von den paritätischen Unternehmern- und Angestelltenvereinen fand für ihr Lob ebenso viel Beifall, wie Dr. Köhler für ihre Verwerfung! Uebrigens rühmte sich Herr Baum, daß die Paritätischen von der Regierung kolossal geschützt würden — sie benutzte sie nämlich als Sprachrohr für ihre „Ideen“ und um die Öffentlichkeit zu sondieren!

Internationaler Transportarbeiter-Kongress.

London, den 30. August 1913.

Schluss der Nachmittags-Sitzung.

Bei der Zusammensetzung des Reorganisationskomitees ergibt sich eine Schwierigkeit. Die holländischen Syndikalisten verlangen eine Vertretung in dem Komitee, weil sie sonst ganz ausfallen würden. Der Zentralrat ist mit der Erweiterung des Komitees auf acht Mitglieder einverstanden, weil er davon eine Verringerung der holländischen Differenzen erhofft.

Forstner-Wien widerspricht: Wenn wir eine Richtung in einem Lande bei der Vergabe von Mandaten berücksichtigen, so heißt das, die Eigendräckeri jüchten. Die Klust wird nur erweitert, denn wenn zwei Richtungen eines Landes zwei Mandate im Beirat haben, so haben sie keinen Grund, die Einigung herbeizuführen, weil sie dann ein Mandat aufgeben müssen.

Molimator-Holland schließt sich Forstner an. Um die Syndikalistische Rinderheit nicht zu verlieren, hat die holländische Mehrheit schon bei der Wahl von Geschäftsordnungs-Kommissionen einem Belgier das Mandat gegeben; sie ist bereit, auch in den Beirat einen Belgier zu entsenden. Es geht doch nicht an, daß ein kleines Land mit wenig tausend Organisierten zwei Mitglieder im Beirat habe.

Der Antrag des Zentralrats, Holland zwei Mandate zu geben, wird abgelehnt, und der Vorschlag, das Komitee aus 7 Mitgliedern zusammenzusetzen, gegen die Stimme Italiens angenommen.

Der Antrag des Allgemeinen Rechtschub- und Gewerkschaftsvereins der Eisenbahner in Oesterreich, wonach der Internationale Kongress in Zukunft nur alle vier Jahre stattfinden soll, und worin alljährlich eine Broschüre mit einem Ueberblick über die allgemeine Eisenbahnerbewegung herausgegeben werden soll, wird dem Komitee überwiesen.

Die Astenfrage.

Die englische Transportarbeiter-Föderation stellt folgenden Antrag:

Der Kongress der I.T.F. konstatiert, daß die Zahl der beschäftigten Asten in der Handelsflotte in bedauerlicher Weise zunimmt, und zwar infolge der Versuche des Unternehmertums, europäische Arbeiter durch schlecht entlohnte Asten zu ersetzen. Der Kongress erkennt zwar an, daß die Föderation über alle Unterschiede der Farbe, Klasse oder dem Glaubensbekenntnis stehen muß, ist jedoch der Ueberzeugung, daß schlecht entlohnte asiatische Arbeiter eine ständige Gefahr für jenen Lebensstandard bedeuten, den die Europäer mit Hilfe der Gewerkschaft erreicht haben. Der Zentralrat wird daher beauftragt, eine eingehende Untersuchung anzustellen über die Verdrängung europäischer Arbeiter und ihrer Folgen und zur Lösung dieses unbedingter Erledigung harrender Problems Vorschläge auf einer internationalen Grundlage zu machen.

Wilson-England verzichtet in der Erwartung auf eine Begründung, daß kein Widerspruch erfolgen werde.

Müller-Deutschland (Seelente) bittet, der Resolution ohne Debatte einmütig zuzustimmen.

Die Resolution wird einstimmig angenommen. Der Präsident der Internationalen Seemannsorganisation Americas Furtseth regt in einem längeren Schreiben eine energische internationale Aktion an, um die

Rechtungsmassregeln auf den Schiffen

zu verbessern. Daß die amerikanische Gesetzgebung noch nicht eingegriffen hat, sei nur darauf zurückzuführen, weil Europa noch nichts getan habe. Es bestehe aber die Hoffnung, daß im Dezember dieses Jahres ein Gesetz angenommen wird, das für alle Schiffe, die amerikanische Häfen berühren, bestimmte Vorschriften über die Rettungsmassregeln vorschreibt, darunter auch die, daß 40 Proz. der Mannschaft eines Schiffes aus gelernten Seelenten, die drei Jahre ein Schiff befahren haben, die Offiziere nicht mitgerechnet, besteht, und daß diese Zahl jedes Jahr um 5 Proz. erhöht wird. Durch dieses amerikanische Gesetz, das von verschiedenen parlamentarischen Komitees bereits angenommen ist, würde auch für die europäischen Seelente eine große Verbesserung erzielt werden. Ein ähnliches Gesetz, das freilich schlechter war, sei seinerzeit bereits von beiden Häusern angenommen, von dem Präsidenten Taffet aber verworfen worden. Der jetzige Präsident sei dagegen bereit, einem solchen Gesetz zuzustimmen.

Der Kongress nimmt mit Genehmigung von diesem Schreiben Kenntnis.

Die französischen Eisenbahner unterbreiten dem Kongress ihr Arbeitsprogramm, das die Verknüpfung der Eisenbahn, die Verkürzung der Arbeitszeit für das Personal und die Förderung automatischer Wagenkuppelung enthält. Der Kongress drückt seine Sympathie für diese Bestrebungen aus und verspricht, sie in jeder Weise zu unterstützen.

Der italienische Transportarbeiterverband wünscht dem Kongress telegraphisch vollen Erfolg und teilt mit, daß der nächste

Landeskongress sicherlich den Anschluß des Verbandes an die I.T.F. beschließen werde. (Lebhafte Beifall.)

Die Grüße der russischen Seelente überbringt D. Knitch. In die Organisation fand 1906 und 1908 in voller Blüte. Durch den Generalkongress wurde sie völlig zugrunde gerichtet. Langsam begann der Wiederaufbau und wir kommen trotz aller Verfolgungen rüstig weiter. Die Kassen werden gegenüber der Internationale stets ihre Pflicht erfüllen. (Lebhafte Beifall.)

Im Namen des Kongresses sichert Schumann der russischen Seemannsbewegung die internationale Unterstützung zu und verurteilt die Brutalitäten der russischen Regierung und die Auslieferung des Redakteurs des russischen Seemannsblattes Abramowitsch durch die englische Regierung in Alexandria an die Schergen des Zaren.

Die rechtliche Stellung der Angestellten und Arbeiter in den Verkehrsbetrieben.

Referent Tomshil-Wien schlägt folgende Resolution vor:

Der 8. Internationale Transportarbeiterkongress in London hält die Kopenhagener Resolution vollständig aufrecht und unterstreicht sie. Er erklärt ausdrücklich, daß das Koalitionsrecht der Eisenbahner usw. am besten gewahrt wird, wenn die in Betracht kommenden Organisationen sich vollständig ihrer Pflicht bewußt sind gegenüber der Gesamtheit der Bevölkerung und ihren Klassenangehörigen und Arbeitskollegen gegenüber. Der Kongress verurteilt im Interesse des Koalitionsrechts jede unüberlegte und nicht genügend vorbereitete Inszenierung von Streiks und Bewegungen, die gewöhnlich mit einer Niederlage endigen und die Organisationen im Lande und den übrigen Ländern schwer schädigen. Ferner verurteilt der Kongress die Haltung des Verbandes des Süddeutschen Eisenbahn- und Postpersonals in der Frage des Koalitionsrechts und des Anschlusses an andere Fachorganisationen (Gewerkschaftsartelle) als eine Schädigung der Interessen der eigenen Mitglieder und der Berufscollegen in anderen Ländern. Ebenso verurteilt der Kongress die Bestrebungen nach einem eigenen Staatsarbeiterrecht unter Verzicht auf das Koalitionsrecht als eine Schädigung der Interessen der Staatsarbeiter.

De Gueen (Franz. Eisenbahner) erklärt, für die Resolution könnten die Franzosen nicht stimmen, weil sie am Solidaritätsstreik festhielten.

In seinem Schlusswort macht Tomshil die Franzosen darauf aufmerksam, daß zu der Resolution vom Sympathiestreik gar nicht gesprochen wurde. Niemand im Saale habe gegen die Forderungen, die hier im Eisenbahnerstreik erhoben wurden, das geringste eingewandt. Er habe nur geraten, nicht so unvorbereitet und ohne starke Organisation in eine solche Bewegung einzutreten. — Die Resolution Tomshil wird hierauf gegen die Stimmen der Franzosen angenommen.

London, den 30. August 1913.

In der Schlussitzung des Kongresses berichtet zunächst Döring-Berlin über die Arbeiten der Kommission, die eine neue Geschäftsordnung für die Kongresse auf Grund der Vorschläge des Schwedischen Transportarbeiterverbandes aufzustellen hatte. Die Geschäftsordnung entspricht im allgemeinen den deutschen Gebräuchen, bei wichtigen Fragen sollen die Stimmen nach der Mitgliederzahl der Organisationen gewertet werden, bei Beitrags-erhöhungen und finanziellen Fragen ist dagegen eine Abstimmung nach Nationen vorgesehen. Zur Abklärung und Vereinfachung der Verhandlungen soll eine ständige Resolutions-Kommission die vorliegenden Anträge durcharbeiten und mit den Antragstellern verhandeln. — Der Kongress nimmt von der neuen Geschäftsordnung Kenntnis und überweist sie dem Zentralrat.

Obligatorische Schiedsgerichte für Arbeitsfreizeiten.

Ueber diesen Punkt der Tagesordnung war Ben Tillet-England als Referent vorgelesen. Er ist bekanntlich einer der lebhaftesten Befürworter der obligatorischen Schiedsgerichte. Da er aber zunächst aufs Wort verzichtet, muß der Korreferent

Müller-Deutschland (Seelente) seinen gegenläufigen Standpunkt entwickeln: Auf mehreren englischen Gewerkschaftskongressen hat Ben Tillet die Einführung der obligatorischen Schiedsgerichte empfohlen. Wir stehen dem Gedanken prinzipiell durchaus ablehnend gegenüber. Wir sind der Meinung, daß die freigeordnete Arbeiterklasse der ganzen Welt, insbesondere der Transportarbeiter, gar keine Ursache haben, diesen Vorschlägen zu folgen. Wir fordern uneingeschränktes freies Spiel der Kräfte. Im ökonomischen Kampfe entscheiden nicht philanthropische Mäximen, sondern die realen Mächte, die sich mit ihm messen. Gerade wir Deutschen, die auf diesem Kongress so heftig und ungerecht angegriffen worden sind, weil wir angeblich den Klassenkampf verleugnen und nicht genügend profilieren, wir betonen hier scharf und prägnant den Klassenkampfcharakter der deutschen Gewerkschaftsbewegung. (Lebhafte Beifall.) Wir sehen in den obligatorischen Schiedsgerichten ein Danoegeheim der Sozialreformer und Klassenstaatlichen Regierung. Können wir es darum zu tun, den ökonomischen Kampf der Arbeiterklasse in Form des Streiks wenn nicht vollständig zu unterbinden, so doch erheblich zu dämpfen im Interesse des Kapitalismus. (Lebhafte Zustimmung.) Wir wollen aber nicht, daß die Entschlußfähigkeit der arbeitenden Klasse eingeengt wird. Der Selbsthaltungstrieb der bürgerlichen Gesellschaft und die Notwendigkeit weiterer industrieller Entwicklung zwingt sie dazu, den Arbeitern bei ihrer Bedeutung im sozialen Leben gewisse Rechte zu konzessieren; aber bei der Ausübung dieser Rechte werden ihnen Schwierigkeiten gemacht. Das obligatorische Schiedsgerichtsverfahren und die obligatorische Entscheidung in Arbeitsfreizeiten durch die Schiedsgerichte, wie sie Italien und Kanada haben, bedeutet die Rahmung der organisierten Arbeiterkraft. Sie sind eine Art spanischer Stiefel, in die man das Koalitionsrecht einschmürt (Lebhafte Zustimmung), und dienen als philanthropisches Mittelchen, um reaktionäre Pläne zu verdecken. Das uneingeschränkte wirtschaftliche Selbstbestimmungsrecht muß auch den in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeitern gemacht werden und wir erheben entschiedenen Widerstand dagegen, es durch Zwangsschiedsgerichte zu unterbinden. Die Zwangsschiedsgerichte fallen häufig Entscheidungen durchaus einseitiger Natur, denen sich die Arbeiterkollektionen zu unterwerfen haben. Fügen sich diese nicht, so werden die allerhöchsten Strafen über sie verhängt. So erweisen sich Zwangsschiedsgerichte als eine Art ständiger staatlicher Kontrolle über die wirtschaftlichen Aktionen der Arbeiterklasse. Anders steht es mit den paritätischen Schlichtungskommissionen. Sie haben bei großen wirtschaftlichen Kämpfen auch der Transportarbeiter ihre Wirkung entfaltet. In Deutschland, in Oesterreich, besonders aber in England. Dort hat Lloyd George wiederholt die Einsetzung paritätischer Schlichtungskommissionen angeregt. Gegen sie haben wir prinzipiell nichts einzuwenden, auch nichts dagegen, daß den staatlichen Organisationen eine bestimmte Mitwirkung eingeräumt wird. Die Vermittlungsaktionen sind in wirtschaftlichen Kämpfen unter Umständen zu begründen; immer aber muß die Entscheidungsfreiheit der Arbeiter gewahrt bleiben. Die selbstverständliche Voraussetzung für uns ist die Wahrung der Parität und des uneingeschränkten Wahlrechts für die Vertretung in den Schlichtungskommissionen. Gegenüber dem sogenannten unparteiischen Schiedsrichter, den die Regierung ernannt, muß den Parteien das Ablehnungs- und Beauftragungsrecht gesichert bleiben. Häufig genug haben Regierungen auf Anträge der Schlichter reaktionäre verstaubte Beamte als Vorsitzende dieser Kommissionen eingesetzt, die dann aus Voreingenommenheit oder sozialer Unkenntnis gegen die Arbeiter entschieden haben. Die Gewerkschaftspresse läßt gut, wenn sie sich mit all diesen Fragen eingehend beschäftigt; denn die Vorschläge auf Einsetzung obligatorischer Schiedsgerichte mehrern sich von Jahr zu Jahr. Die einen versuchen, uns mit der Festsche zu züchtigen und uns das Koalitionsrecht zu rauben, die anderen wieder versuchen, uns mit dem Zunderbrod der obligatorischen Schiedsgerichte einzufangen. Gegen alle diese Versuche wappnen wir uns, wenn wir für straffe und starke Organi-

tionen sorgen, die allein den Erfolg im Kampfe verbürgen. (Stürmischer Beifall.) — Redner schlägt folgende Resolution vor:

Im ökonomischen Klassenkampf des Proletariats gegen das Unternehmertum als seinen Ausbeuter und Unterdrücker entscheiden die realen Machtverhältnisse über Erfolg und Ausgang der jeweiligen wirtschaftlichen Aktionen haben wie drüben. Die höchste und sicherste Garantie für den Erfolg des proletarisch-wirtschaftlichen Kampfes für die Arbeiter liegt in der Organisation und solidarischen Machtenfaltung unter Berücksichtigung der Chancen und einer den jeweiligen Verhältnissen angepaßten Taktik im Kampfe. Ein freies Koalitions- und Streikrecht ist die fundamentalste Forderung aller im Handels-, Transport- und Verlehrsgebiete zu Wasser und zu Lande tätigen Arbeiter. Die normale Schlichtung und Erledigung von wirtschaftlichen und sozialen Arbeitsstreitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern bedingt die Anerkennung und die Respektierung der beiderseitigen Organisationen. Im wirtschaftlichen Kampfe stehen sich in der Regel Arbeiter- und Unternehmerkollektionen gegenüber. Es entspricht deshalb auch dem Allgemeininteresse, wenn die beiderseitigen Kampfobjekte durch Verhandlungen von Organisation zu Organisation ihre Erledigung finden, einerlei, ob es sich um private oder öffentliche Unternehmungen handelt. Von diesen gewerkschaftlichen und sozialfortschrittlichen Grundanschauungen ausgehend, kann der achte im August 1913 in London tagende Internationale Transportarbeiterkongress die Notwendigkeit obligatorischer Schiedsgerichte für Arbeitsfreizeiten mit Zwangsverfahren und Exekutivgewalt nicht anerkennen. Ramentlich dann nicht, wenn ihr Aufbau und Verfahren die Aktions- und Beschlußfreiheit der organisierten Parteien illusorisch macht oder wesentlich einschränkt. Der Kongress verurteilt obligatorische Schiedsgerichte dieser Art, erkennt aber die Zweckmäßigkeit paritätischer Schlichtungskommissionen für Arbeitsfreizeiten an. Er erkennt unter bestimmten Voraussetzungen auch die zweckmäßige Mitwirkung behördlicher Organe bei den Verhandlungen und Entscheidungen solcher Schlichtungskommissionen an. — Im übrigen stellt der Kongress für diese Schlichtungskommissionen folgende Grundsätze auf: a) Ihre Tätigkeit soll eine ausgleichende und schlichtende sein. b) Ihre Entscheidungen sollen für die Parteien nicht unter allen Umständen bindend sein. c) Die Aktions- und Entscheidungsfreiheit der Parteien darf durch diese Entscheidung nicht eingeschränkt werden. d) Bei der Zusammenfassung dieser Schlichtungskommissionen muß die strengste Parität gewahrt und für die Delegationen das freieste Wahlrecht den Organisationen der Parteien gewahrt werden. e) Den etwa zu ernennenden behördlichen Vertretern gegenüber müßten sich die Organisationen der Parteien das Beauftragungs- bzw. Ablehnungsrecht in jedem Falle vorbehalten.

Ben Tillet-England erklärt, daß er mit vielem einverstanden sei, was Müller gesagt hätte. Aber die Resolution enthalte Gemeinplätze. Internationale Regeln liegen sich in dieser Frage überhaupt nicht aufstellen. Er stellt folgenden Gegenantrag:

Der Kongress ist der Meinung, daß alle Fragen, die sich auf Tarifverträge, das Schlichtungsverfahren und obligatorische Schiedsgerichte beziehen, den einzelnen Ländern zur Beschlussfassung überlassen bleiben müssen. Der Kongress kann die Verantwortung und Autorität für sich übernehmen, die Frage des konkreten Arbeitsrechtes zwischen Unternehmern und Arbeitern in den einzelnen Ländern von sich aus zu regeln. Er beauftragt den Zentralrat, sich über die Formen und die Befugnisse der bestehenden Tarifverträge, des Schlichtungsverfahrens und der Schiedsgerichte in allen Ländern zu informieren und das Ergebnis dem nächsten Kongress vorzulegen.

Die ganze Richtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung bewege sich im Sinne einer immer stärkeren Verpflichtung zur Annahme der Schiedsgerichte. Dringen die Arbeiter auf ihre Einführung, so können sie günstigere Bedingungen erzielen, als wenn sie von den Vorschlägen der Regierung sich überlassen lassen. Die Tendenz dieser Schiedsgerichte sei an sich nicht gefährlich, es komme auf ihre Gestaltung an. Die australischen Arbeiter seien durchaus nicht gegen das Prinzip der Schiedsgerichte. Der Widerspruch der dortigen Gewerkschaften richte sich vielmehr nur gegen die Art, wie die Schiedsgerichte eingerichtet sind. In einer Abstimmung würden die australischen Arbeiter sich mit tiefer Majorität für die obligatorischen Schiedsgerichte entscheiden. Die Arbeiter leben innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und alle Reform müßte sich auf diesem Boden bewegen. Die freien Tarifverträge seien für die Arbeiter häufig viel nachteiliger als die Schiedsgerichte. Auch die Gewerkschaften seien nur ein Rad im Getriebe der Wirtschaftsordnung, die auf dem Gesetz der Lohnflaberei aufgebaut sei. Es werde sich immer nur um die Frage handeln, in welcher Form die Abhängigkeit der Arbeiter sich mindern lasse, und sie seien weniger abhängig, wenn die Regierung sich einmische, als wenn sie direkt von den Unternehmern abhängig. Der erzieherische Zweck der Gewerkschaftsbewegung, nämlich die Aufklärung der Arbeiter von der Tatsache der Klassenabhängigkeit läßt sich beim Vorhandensein von staatlichen Schiedsgerichten besser erfüllen, weil diese Abhängigkeit den Arbeitern dann deutlicher zum Bewußtsein komme. Redner schließt: Ich bin ebenso sehr gegen die obligatorischen Schiedsgerichte wie gegen das kapitalistische System überhaupt, aber im Rahmen der kapitalistischen Wirtschaftsweise sind die Schiedsgerichte besser als die Tarifverträge.

Die italienische Delegation beantragt: Der Kongress spricht sich prinzipiell gegen die obligatorischen Schiedsgerichte aus, beauftragt aber den Zentralrat, die Frage zu studieren und dem nächsten Kongress zu unterbreiten.

Van den Berg (holländischer Syndikalist) dankt Müller für seine prinzipielle Rede und schließt sich ihm an. Im Klassenkampf sei bloß die Machtfrage entscheidend. Die obligatorischen Schiedsgerichte sind bloß Zunderbrod mit Hyantakt (Heiterkeit).

Wilson-England (Seelente) ist auf mehreren Gewerkschaftskongressen gegen die Anträge Ben Tillets aufgetreten. Ein fünfmonatiger Aufenthalt in Australien und Neu-Seeland aber hat ihm gezeigt, daß die australischen Arbeiter nicht gegen das System an sich seien, sondern nur mit manchen Schiedsprüchen nicht einverstanden wären. Es läge jedoch kein Anlaß vor für die Arbeiter, für die Einsetzung obligatorischer Schiedsgerichte zu wirken. Die ganze Frage solle ruhig jeder Nationalität überlassen werden.

Guinhard-Paris schließt sich Müller an. Alle französischen Nationalkongresse haben sich gegen die Schiedsgerichte erklärt. Sie gestellen zur Macht des Unternehmertums die Macht des Staates und unterbinden den Kampfsgeist der Gewerkschaften.

Müller stellt im Schlusswort fest, daß die Schiedsgerichte der Arbeit des Kongresses die Schiedsgerichte verwerfe. Die I.T.F. habe aber kein Interesse daran, irgendeine Landesorganisation zu favorisieren. Der Zentralrat schlage daher vor, von einer Abstimmung über sämtliche Resolutionen abzusehen und weitere Studien der Frage in Aussicht zu nehmen.

Der Kongress schließt sich dem Vorschlag Müllers einmütig an. In die Reorganisationskommission werden gewählt: Tomshil für Oesterreich und die Schweiz, Ciardi für Italien, Lindley für Skandinavien und Finnland, Williams für England, Wahlmann für Belgien und Holland, Singard für Frankreich und Dreher für Deutschland. Als internationaler Sekretär wird Johade einstimmig wiedergewählt. Auf Vorschlag von England und Frankreich bleibt der Sitz des Zentralrats Berlin; er wird aus denselben Männern zusammengesetzt (Schumann, Döring, Müller, Brunner, Johade).

Als Ort des nächsten Kongresses wird Zürich gewählt.

Die englische Delegation schlägt folgende Resolution vor: Der Kongress drückt seine Enttäuschung über die Tat der britischen Regierung aus, die die Auslieferung des Redakteurs des Organs der russischen Seelente Abramowitsch in die Hände der russischen Autokratie zugelassen hat und steht darin eine flagranten Verletzung des britischen Völkerrechts. Er fordert den britischen Gewerkschaftskongress auf, von der Regierung mit allem Nach-

deus zu verlangen, daß sie für eine öffentliche Gerichtsverhandlung gegen Adamowitsch unter Wahrung aller Rechtsgarantien sorgt.

Die Resolution wird einstimmig angenommen und soll von Williams dem britischen Gewerkschaftskongress vorgelegt werden. Eine Resolution der Italiener, die die Einführung des Esperanto als Verhandlungssprache und die internationale Agitation für ein System zum automatischen Verleihen der Eisenbahnwagen verlangt, das von einem Mitglied des italienischen Eisenbahnverbandes erfinden ist, wird dem Zentralrat überwiesen.

Die norwegischen Seelente machen darauf aufmerksam, daß die norwegische Regierung schon für die nächste Zeit die gesetzliche Aufhebung des Streikrechts für die Transportarbeiter plant und ersuchen um Unterstützung, falls sie das Gesetz mit einem Generalstreik bekämpfen müssen.

Auch diese Frage wird dem Zentralrat überwiesen. Damit sind die Arbeiten des Kongresses erledigt.

Fünfter Verbandstag der Blumenarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Neustadt, 31. August.

In Neustadt, einem Hauptstutz der Blumenindustrie, trat heute morgen der fünfte Verbandstag der Blumenarbeiter und Arbeiterinnen zusammen. Es sind außer 11 Delegierten (drei weiblichen) der Vorsitzende, der Kassierer und ein Revisor des Verbandes, ferner Sachse als Vertreter der Generalkommission und Gauleiter Hauke aus Dresden als Vertreter des Gärtnerverbandes anwesend. Eine Lieberpende des Arbeitergesangsvereins leitete die Tagung ein. Ueber die Entwicklung des Verbandes sagt der

Vorstandsbericht:

Die verflochtenen zwei Jahre, in die auch das zehnjährige Bestehen des Verbandes fiel, standen unter dem Zeichen der wirtschaftlichen Krise. Seit Bestehen der Industrie ist solche Arbeitslosigkeit noch nicht dagewesen. Was die Mode mit Ursache derselben sein, so trägt die Hauptschuld doch die deutsche Zollpolitik. Durch diese sind die Lieferungen im Ausland unterbunden und andererseits sind die Kosten der Lebenshaltung so gestiegen, daß für die Produkte unserer Industrie, die doch in der Mehrheit als Luxusartikel zu betrachten sind, nicht mehr viel Geld übrig bleibt.

Trotz der schlechten Geschäftslage ist unermüdlich für unsere Sache gearbeitet worden. Die Zahl unserer weiblichen Mitglieder, die das erste Mal im ersten Quartal 1911 die der männlichen um 57 Mitglieder überstieg, ist dauernd höher geblieben. In den Jahren 1911/12 hatten wir 1240 Neuaufnahmen zu verzeichnen. Unsere Mitgliederzahl, die am Jahresabschluss 1910 520 männliche und 402 weibliche, zusammen 922 betrug, war am Jahresabschluss 1912 auf 547 männliche und 726 weibliche Mitglieder, zusammen auf 1273 gestiegen. Die Fluktuation ist nicht unbedeutend, doch nicht größer als in anderen Verbänden. Von den 1240 Neuaufnahmen verblieben uns 351 Mitglieder.

Lohnbewegungen hatten wir im Jahre 1911 keine, 1912 fanden acht statt, die sämtlich ohne Arbeitseinstellung verliefen. Sie erstreckten sich auf 81 Betriebe mit 1138 Beschäftigten. In 27 Betrieben mit 923 Beteiligten wurden Forderungen an die Unternehmer gestellt und in vier Betrieben mit 122 Beteiligten wurden von den Fabrikanten Verschlechterungen angekündigt. In 30 Betrieben wurden die Differenzen durch Verhandlungen beigelegt, in einem Betriebe wurden von den Fabrikanten die angebotenen Lohnabzüge rückgängig gemacht.

Seit dem 1. Juli 1912 gelangt Arbeitslosenunterstützung zur Auszahlung. Sie betrug im ersten Halbjahr die minimale Summe von 110,70 M. Schon im ersten Quartal 1913 änderte sich dieser Zustand. Da waren es schon 207,80 M., und im zweiten Quartal sind 963,45 M. ausgezahlt worden. In diesen Zahlen zeigt sich die Wirkung der Krise und die gegenwärtige große Arbeitslosigkeit.

Die Reineinnahmen des Verbandes im 1911/12 betragen 20 115,25 M., denen eine Ausgabe von 20 253,28 M. gegenübersteht. Das Verbandsvermögen ist von 5714,23 M. auf 17 576,22 M. gesteigert worden. Unter den Ausgaben finden sich für Krankenunterstützung 3626,55, Arbeitslosenunterstützung 110,70, Sterbeunterstützung 45,00, Streik in anderen Veräufen 358,50, Rechtschutz 71,40, Gemeindegeldunterstützung 245,00, Fachorgan 3540,20, Agitation 1398,50 M.

In mündlichen Ausführungen ergänzte der Vorsitzende seinen Bericht. Er gab vor allem ein Bild der lebhaften Agitationsarbeit, durch die erreicht wurde, den Verband weiter auszubauen. Der seit August 1912 in Sebnitz angestellte Agitationsbeamte Reichold gab ein Bild der Bewegung, wie sie seit seiner Tätigkeit sich gestaltet hat, und ebenfalls Kollege und Kollegin Luge-Dresden gaben ihre Erfahrungen zum besten.

Bis dahin waren die Verhandlungen geblieben, als ein tragikomischer Zwischenfall sie zu Ende brachte. Der Lokalführer ließ dem Vorsitzenden folgendes wunderworte Schriftstück zukommen, das wir in seiner ganzen Schönheit folgen lassen.

Herr Ernst Häffel
Gesellschaftsleiter
Neustadt i. Sa.

An den Vorsitzenden
des Blumenarbeiterverbandes
Neustadt.

Hiermit erlaube ich Sie höflich die Versammlung zu schließen, da ich im Folge des heutigen stattfindenden Kornblumentags weder ein patriotisches Fest zum Besten hilfsbedürftiger Veteranen ist, nicht balden kann das Sie in meinen Lokal mit roten Keilen angefüllt sich aufhalten. Sie haben mich bei Bestellung in Unkenntnis gelassen und mir verschwiegen, daß Sie vom Gelangverein mit Wieder empfangen werden was den patriotischen Sinn verlegt. Ich erlaube Sie deshalb zu schließen und die Keilen abzulegen im andern fall Sie mich geschäftlich schädigen und ich Ihnen für morgen das Zimmer verweigern muß.

Hochachtungsvoll
Ernst Häffel.

Als Herr Ernst Häffel auf den Bahn geführt wurde, stellte sich heraus, daß er „höherer Gewalt“ gewichen. Der Bürgermeister und der Vorsitzende des Komitees (es war Kornblumentag im Ort und dieser bürgerliche Nummer spreizte sich auf allen Straßen) hatten ihn mit der Drohung bedröht, daß das für den Abend vorgesehene Tanzfest in seinem Lokal nicht stattfinden würde, wenn er die Leute mit den roten Keilen dulden würde. Und das in einem Orte, der zu einem roten Wahlkreis gehört (es ist der Kreis des Genossen Röhle) und der nicht weit von Wehlen liegt, wo vor ein paar Jahren der Dresdener Gewerkschaftskongress sein Fest auf dem Marktplatz abhalten konnte.

Der Verbandstag verzichtete natürlich darauf, Herrn Häffel das Tanzvergnügen zu zerstören. Er verlegte sein Domizil in einen Nachbarort. Aber da er sich nicht zu der Rücksicht auf den „patriotischen Sinn“ entschließen konnte, die roten Keilen abzunehmen, wurde sein Umzug zu einer hübschen Gegendemonstration. Eine gute Anzahl Kollegen vom Orte hatte sich als Gäste eingefunden und an die lachenden Bürger vor den Hauswänden wurden feißig rote Keilen verteilt. Außerdem kamen die Teilnehmer zu dem sonst auf Verbandstagen üblichen Ausflug. In Langburkersdorf konnten die empfindlich gestörten Verhandlungen ihre Fortsetzung finden. Gegen den großen Vorstoß gegen das Reichsvereinsgesetz, den man in dem Vorgehen des durch die roten Keilen schon gewordenen Bürgermeisters erdachte, wurde eine sofortige Beschwerde an die königl. Amtshauptmannschaft beschloffen.

Nach kurzer Diskussion wurde der Geschäfts- und Kostenbericht des Vorstandes für genehmigt erklärt.

Sie u gab dann einen gedrängten Ueberblick über die Verhandlungen zum Zwecke der Verschmelzung. Der Gutmacherverband habe auf Drängen seiner Dresdener Filiale erklärt, die Zeit zur Verschmelzung sei noch nicht gekommen, da die Gutmacher in den eigenen Reihen noch zu viel zu arbeiten haben. Der Vorstand hat dann mit den Verbänden der Gärtner

und Fabrikarbeiter Unterhandlungen gepflogen. Der Vorstand des Fabrikarbeiterverbandes hat erklärt, den Blumenarbeitern bei einer Verschmelzung das weiteste Entgegenkommen zu zeigen. Am Montag beginnt die Debatte über diese Frage.

Gerichts-Zeitung.

Beräubungen von Güterwaggons auf den Berliner Güterbahnhöfen.

Lagen einer umfangreichen Anklage zugrunde, die die 2. Ferienkammer des Landgerichts I beschuldigte. Wegen fortgesetzten schweren Diebstahls h. m. Heferei waren angeklagt: Der Fuhrherr Albert Dahms, der Arbeiter Friedrich Meher, der Kutscher Paul Landmann, der Arbeiter Albert Leskau, der Fuhrherr Bernhard Schulz, der Fuhrherr Otto Schulz und dessen Ehefrau. — Wie die Beweisaufnahme ergab, hatte der Angeklagte Dahms in Gemeinschaft mit den übrigen wegen Diebstahls angeklagten Personen mittels seines Fuhrwerks Raubzüge auf den verschiedenen Berliner Güterbahnhöfen unternommen. Er fuhr einfach mit seinem Wagen auf den Bahnhöfen vor, öffnete die Klappen der Waggons und bedarf in aller Ruhe sein Fuhrwerk mit dem Inhalt der Waggons, meist Getreide, Zement und Gipsfäcke. So entwendete er u. a. auf dem Güterbahnhof Frankfurter Allee 32 Sad Hafer im Werte von 500 M., auf dem Lehrter Güterbahnhof 23 Sad Gerste im Werte von 500 M., auf dem Nordbahnhof 41 Sad Zement im Werte von 80 M. usw. — Bei dem starken Verkehr auf den Güterbahnhöfen konnte D. dieses Treiben unbehindert mehrere Monate hindurch fortsetzen, bis er eines Tages bei Verübung eines derartigen Diebstahls von einem Kriminalschutzmann beobachtet und festgenommen wurde. — Nach längerer Verhandlung erkannte das Gericht gegen Dahms auf 3 Jahre Zuchthaus, gegen Meher auf 1 Jahr und 3 Monate Gefängnis, gegen Landmann auf 3 Monate, gegen Leskau, der während der Veratung des Gerichts die Flucht ergriffen hatte, auf 6 Monate und gegen Bernhard Schulz auf 4 Monate Gefängnis. Das Verfahren gegen die Eheleute Otto Schulz wurde abgetrennt.

Der Milchtopf als Verräter.

Eine kleine Vergeßlichkeit hat für die Frau Wilhelmine Blanke aus Wilmersdorf sehr unangenehme Folgen gehabt. Wegen versuchten und vollendeten schweren Diebstahls hatte die 1. Ferienkammer des Landgerichts III gegen die schon einmal, allerdings vor 16 Jahren, wegen Diebstahls verurteilte Frau W. zu verhandeln. — Die Angeklagte wohnt in dem Hause Pfalzburgerstraße 22 in Wilmersdorf mit dem Bauarbeiter Graue auf einem Korridor. Als Frau G. Ende April d. J. von einer kurzen Versorgung in ihre Wohnung zurückkehrte, sah sie sofort, daß während ihrer Abwesenheit Diebe in der Wohnung gehaust hatten. Es fehlte nur ein Zwanzigmarkstück, das sie in einer kleinen Handtasche aufbewahrt hatte. Die Ermittlungen der Polizei blieben ohne jedes Resultat. Am 19. Mai verließ Frau G. wieder auf eine Viertelstunde ihre Wohnung. Als sie zurückkam, sah sie sofort, daß wiederum Diebe an der Arbeit gewesen waren, denn der Verstoßkasten war durchwühlt worden. Als sie ihre Küche betrat, sah sie zu ihrem Erstaunen auf dem Tisch einen fremden Milchtopf stehen. Sie zeigte den Topf sofort der Portierfrau und der Milchhändlerin, die beide übereinstimmend den Topf als das Eigentum der jetzigen Angeklagten Frau Blanke wiedererkannten. Nach einiger Zeit erschien auch die Angeklagte in der Wohnung der Frau G. und zwar in einem so aufgeregten Zustande, daß sie kaum sprechen konnte. Nachdem sie alles mögliche erzählt hatte, wurde ihr der verräterische Milchtopf gezeigt. Sie behauptete, daß es ihr selbst unverständlich sei, wie ihr Milchtopf in die Küche der Frau G. gekommen sei, bestritt aber auf das Entschiedenste, in die Wohnung eingedrungen zu sein. Ihr hartnäckiges Beugnen konnte sie jedoch auch vor Gericht nicht retten, denn die Strafkammer verurteilte sie wegen versuchten schweren Diebstahls zu 6 Wochen Gefängnis, wegen des ersten Falles wurde die Angeklagte mangels Beweises freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte 8 Monate Gefängnis beantragt.

Aus aller Welt.

Ein Raubmord?

Vor einigen Tagen wurde aus dem Rriestower See bei Frankfurt a. O. die Leiche eines Unbekannten gelandet. Als man die Leiche aus dem Wasser zog, fand man in den mit Steinen beschwerten Taschen eine Visitenkarte mit dem Namen des amerikanischen Konsulatssekretärs Grau-Bandmeyer. In der Nähe der Fundstelle wurden bei näherer Untersuchung Papierschnitzel gefunden, die durch Zusammenfügen ergaben, daß es sich um einen Reisepaß für einen galizischen Arbeiter Wladimir Peczbrak handelte. Die weiteren Ermittlungen in der mysteriösen Angelegenheit ergaben, daß der Tote offenbar identisch ist mit dem in dem Paß beschriebenen galizischen Arbeiter. Es wurde festgesetzt, daß P. mit dem Dampfer „Kaiser Wilhelm der Große“ die Ueberfahrt von Amerika nach Bremerhaven gemacht hat und über Berlin nach seiner Heimat zurückkehren wollte. Es steht zwar noch nicht genau fest, ob es sich um einen Selbstmord oder um einen Raubmord handelt, doch besteht der starke Verdacht, daß P. in Berlin die Bekanntschaft mehrerer Männer gemacht hat, die ihm auf seiner Weiterreise folgten und schließlich bei seinem Aufenthalt in Frankfurt a. O. ermordeten und beraubten. Die Vermutung, daß es sich um einen Raubmord handelt, wird noch dadurch bestärkt, daß Anwohner in der fraglichen Zeit zwei Männer beobachtet haben, die einen Koffer, wahrscheinlich den des Toten, davontragen. Die Befördernden sind eifrig bemüht, den mysteriösen Leichenfund aufzuklären.

Schwerer Automobilunfall bei Lübben.

Ein schwerer Automobilunfall, bei dem eine Dame tödlich und ein Herr schwer verletzt wurden, hat sich am Sonntagmorgen gegen 8 Uhr in der Nähe von Lübben bei dem Dorfe Lubow abgepielt. Wir erfahren darüber folgendes: Am Sonntagmorgen hatten ein Herr Dr. Mensch aus Potsdam mit seiner Gattin und dem Arzt Dr. Vergemann aus Charlottenburg eine Automobilfahrt in den Spreewald gemacht. Gegen 5 Uhr erfolgte die Rückfahrt aus Burg. Hinter Lübben, wegen des drückenden Nebels und Steinschlags, wollte der Chauffeur des Kraftwagens ein vor ihm fahrendes Automobil überholen. Er gab vorfahrtsmäßig Warnungssignal und fuhr mit voller Kraft an dem vorderen Fahrzeug vorüber. Dabei geriet der Wagen des Dr. Mensch jedoch in den tiefen, an der linken Seite der Chaussee befindlichen Sommerweg. Die Vordereräder drehten sich scharf nach der linken Seite, so daß der Fahrer die Steuerung nicht mehr nach rechts herumtreiben konnte. Das Automobil fuhr nun mit voller Kraft gegen einen Baum, überschlug sich und stürzte in den Graben. Dabei wurden die Insassen in weitem Bogen herausgeschleudert. Frau Dr. Mensch erlitt einen Genickbruch und verstarb auf der Stelle, während ihr Gatte mit einer schweren Schädelverletzung liegen blieb. Dr. Vergemann und der Chauffeur kamen mit einigen leichteren Wunden und Quetschungen davon. Das nachfolgende Automobil schaffte die Verunglückten nach dem Lübbener Kreisrankeuhause. Die Verletzungen des Dr. Mensch sind schwer, doch hoffen die Ärzte, ihn am Leben zu erhalten. Dr. Vergemann begab sich nach Berlin zurück.

Ein Spiel mit dem Leben.

Der französische Flieger Bogaud, der erst vor wenigen Tagen einen erfolgreichen Versuch mit einem Fallschirm unternahm, hat am Montag ein halbschweres Kunststück ausgeführt. Er stieg frühmorgens um 7 Uhr in einem Vierständerer vom Flugfeld von Juvisy aus auf und schraubte sich bis zu 1000 Metern in die Höhe. Darauf stellte er das Höhensteuer so ein, daß er mit laufendem Motor senkrecht abwärts sauste. Doch schon nach 300 Metern stellte er das Höhensteuer von neuem ein und flog in horizontaler Richtung, aber mit umgekehrtem Apparat weiter. Die Räder des Flugzeuges befanden sich oben; während Bogaud, der sich am Sitz festgeklammert hatte, mit dem Kopf nach unten hing. In dieser Lage flog Bogaud etwa 500 Meter weit. Er warf das Höhensteuer von neuem um und fiel zuerst senkrecht abwärts, bis er nach abermaliger Umstellung des Steuer in die wagerechte Richtung gelangte. Der Flieger kehrte nach dem Flugplatz zurück, wo er gatti Landete, begeistert von den zahlreichen Fliegern, die seinem Kunststück beigemohnt hatten, begrüßt. Bogaud beabsichtigt, dieses „Looping the loop“ mit der Flugmaschine vor einer Militärkommission zu wiederholen.

Einsturz einer Zuschauertribüne.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich am Sonntag während eines Rennens auf dem Rennplatz Craponnes unweit Lyon. Während des dritten Rennens stürzte die Tribüne des Sottelpplatzes ein und begrub Hunderte von Zuschauern unter sich. Im Publikum entstand eine große Panik. Die Feuerwehr, die sofort alarmiert wurde, begann unerschrocken mit den Rettungsarbeiten und es zeigte sich, daß zwar niemand getötet war, jedoch zwölf Personen schwere Verletzungen erlitten hatten, während gegen 20 mit Quetschungen davonkamen.

Kleine Notizen.

Schweres Bootunglück in Tirol. Eine aus sieben Personen bestehende Innsbrucker Gesellschaft unternahm am Sonntag von Innsbruck aus eine Kahnfahrt auf dem Inn gegen Ruffein zu. Um 4 Uhr nachmittags fuhr das Boot in der Nähe von Kirchbühl bei Börgl infolge der starken Strömung an einen Feller und kippte um. Von den Insassen konnten sich nur vier durch Schwimmen retten. Die anderen ertranken. Ertrunken sind der Lithograph Emil Eppude aus Berlin, der Gewerbeschiller Paul v. Kittenhaus und die Frau eines der Mitfahrenden, Fräulein Marie Dronner.

Ein jugendlicher Defraudant. Der siebzehnjährige Bureaugehilfe Thura von der Paulshütte in Genthien ist am Sonntagabend mit 18 000 M., die zur Vorführungszahlung für die Arbeiter bestimmt waren, flüchtig gegangen.

Ein Ehe drama. In der Tiroler Ortshalle Teils hat am Sonntag der Maschinenkloster Anton Artobara nach vorangegangenen Streit seine von ihm geschiedene Frau und seine dreiwanzigjährige Tochter durch Revolvergeschosse getötet und sich darauf durch zwei Schüsse entleibt.

Das unselbige Messer. In der Nacht vom Sonntag zum Montag entstand in Darmen zwischen vier Italienern und mehreren jungen Leuten aus Darmen und Oberfeld ein Streit. Nach einem kurzen Wortwechsel, der sich aus geringfügiger Ursache entwickelt hatte, kam es zu Tätlichkeiten, in deren Verlauf ein Italiener zu einem dolchartigen Messer griff und wie besessen um sich schlug. Ein 22 Jahre alter Wandwärf erlitt einen Stich in den Hals, der ihn so schwer verletzte, daß er nach wenigen Minuten verstarb. Zwei andere Arbeiter erhielten lebensgefährliche Stiche in den Rücken. Der Täter konnte nur mit Mühe übermäßig und verhaftet werden. Opfer des Mergports. Der Assistent Rißler führte am Sonntag von der großen Feldspitze in den Wallnitzer Tauern über eine 300 Meter hohe Felswand ab. Die Leiche ist noch nicht geborgen worden.

Briefkasten der Redaktion.

Die persönliche Berechnung findet Ende d. H. 09, vorn vier Treppen — 5 abwärts — wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends hat. Jeder für den Briefkasten bestimmten Eintrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Wertzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Annoncenbezahlung beifügt ist, werden nicht beantwortet. Einige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

M. K. III. 1. Comité ersichtlich, in Verführung einzutreten. Genannt Kundst kann erst nach Einsichtnahme in das Schriftstück erteilt werden. 2. Das müssen wir ablehnen. 3. Ja. 4. Stellen Sie den Bogelfisch in lauwarmes Wasser und belanden Sie den Vogel mit Zinkstückenpulver. Dünne Reimung ist das beste Gordenungsmittel. — G. N. 61. Das ist eine Kontrollbestimmung, um Streichhölzer über die Höhe des Lohnes zu vermeiden und den arbeitnehmenden Teil von vornherein über die Lohnhöhe zu informieren. Mit der Steueranmeldung oder Erhebung hat die Bestimmung nichts zu tun. — G. S. 1184. Ja. — B. S. 13. Eine Erhöhung der Rente ist aus Anlaß der Erreichung des 70. Lebensjahres nicht zu erzielen. — Subskription. Die Frage läßt sich nur nach Einsichtnahme in den Mittelvertrug beantworten. Schreiben Sie diesen unter Wiederholung der Anfrage ein oder kommen Sie in die Sprechstunde. — Tamen Schneider. Nach Ihrer Darstellung haben Sie Anspruch auf Auszahlung Ihres Kapitalerlöses. Die Umstellung eines Doppelbetriebes ist nicht erforderlich. — Aus. Ja, sofern die Belegung dauernd geschieht. Ein Zeitraum von über 6 Monaten würde als dauernd gelten. Kaufsinn. — B. G. 60. Berlin, Behrenstraße, Ude-Kanonenstraße. — B. S. 7. Ja. — Reichsminister Dr. u. Ans ist nur die Bekanntmachung des Polizeipräsidenten von Berlin vom 25. September 1908 über die Gebühren der Bekannten bekannt. — Landsberg 33. Ans nicht bekannt. Erlauchen Sie einen Glasmaler um Aufhänger. — Warrfel. In den ersten Tagen des Oktober. — S. S. 24. Die Beschuldigung Ihrer Verwarnung wegen der Ihrem Rante in den letzten vier Jahren gestellten Armenunterstützung ist leider zulässig. Wir raten sich mit der Nennungsverwaltung etwas gütlicher Erledigung in Verbindung zu setzen. — G. S. 100. Dazu ist das Polizeirevier nur verpflichtet, wenn der Vermietler die Unterzeichnung ablehnt. — G. G. Eisenbahnstr. 33. Galt sich nur beantwortet nach Einsichtnahme in das Antragsblatt. — A. D. G. 1. Der Umdenkunterlegung ist der Wert des Motorbootes zur Zeit des Austritts des vierten Herrn zugrunde zu legen, nicht der Betrag, der seinerzeit eingehracht ist. Der Anspruch auf Auszahlung des Anteils ist sofort fällig. — Brich. 1888. Den Antrag auf Ladung von Zeugen müssen Sie unter Angabe der Tatsachen, aber welche die Zeugen aussagen sollen, sofort stellen. Sollte eine Bestätigung erfolgen, so kommen Sie sofort nach dem Termin in die Sprechstunde. — G. A. Helmstraße. Ihre Angaben reichen zur Beantwortung nicht aus, kommen Sie in die Sprechstunde.

Wartypreise von Berlin am 30. August 1913, nach Ermittlungen des Igl. Polizeipräsidiums. Weis (mired), gute Sorte 15,50—16,70. Weis (rumber), gute Sorte 14,00—15,00. Rührlin 4,00. Heu, neu 6,00—7,00. Kartoffelpreise. 100 Kilogr. Erbsen, gebe, zum Kochen 30,00—50,00. Speisebohnen, weis 35,00—60,00. Linen 36,00—60,00. Kartoffeln (Reinhl.) 5,00—8,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, neu der Rente 1,70—2,40. Rindfleisch, Handfleisch 1,50—1,80. Schweinefleisch 1,00—2,10. Kalbfleisch 1,40—2,40. Hammelfleisch 1,60—2,40. Butter 2,20—3,00. 60 Stück Eier 8,00—8,50. 1 Kilogramm Karpfen 1,40—2,80. Hais 1,40—3,00. Lamber 1,40—3,30. Geste 1,40—2,80. Worsche 1,00—2,40. Schleit 1,70—3,50. Heiz 0,80—1,20. 60 Stück Preßje 1,00—18,00.

Witterungsübersicht vom 1. September 1913.

Stationen	Temperatur Wind Wolken	Wetter	Stationen	Temperatur Wind Wolken
Stolpen	7,00 11 10	Wald 11	Caparanda	7,00 11 10
Damberg	7,00 11 10	1/2 Regen 11	Wettberg	7,00 11 10
Berlin	7,00 11 10	1/2 Regen 11	Wettberg	7,00 11 10
Frankfurt a. M.	7,00 11 10	1/2 Regen 11	Wettberg	7,00 11 10
München	7,00 11 10	1/2 Regen 11	Wettberg	7,00 11 10
Wien	7,00 11 10	1/2 Regen 11	Wettberg	7,00 11 10

Wetterprognose für Dienstag, den 2. September 1913. Warm und vielstetig heiter, aber veränderlich mit etwas Gewitterneigung und meist schwachen südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Theater.

Dienstag, 2. September 1913.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Prater. Johanniszauber.

Anfang 7 1/2 Uhr.

Rgl. Schauspielhaus. Der Barbier von Sevilla.
Deutsches. Der Maue Vogel.

Anfang 8 Uhr.

Rgl. Opernhaus. Der große König. Urania. Mit dem Imperator nach Rom fort.

Kammerpiele. Venezian. Nacht. Die Stärkere.
Kleines. In Ewigkeit Amen. Paul und Paula. Der Barbier von Verriac.

Deutsches Schauspielhaus. Sieben tolle Tage.

Schiller O. Hofemanns Töchter. Schiller Charlottenburg. Am Tage des Gerichts.

Berliner. Filmzauber. Thalia. Puppchen.

Theater am Rollendorfplatz. Die Rino-Königin.

Königgrätzer Straße. Das Buch einer Frau.

Kofus. Der Affentenor oder Caruso auf Teilung.

Trianon. Der abgerissene Hosenzug. Untreu.

Herrnsfeld. Endlich allein. Die Schanzel-Jäger.

Deutsches Opernhaus. Die Königin von Saba.

Montis Operetten. Der lachende Gemann.

Wintergarten. Spezialitäten.

Reichshallen. Stettiner Sänger.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Romdienhaus. Gefchlossen.

Lustspielhaus. So'n Hund. Hofe. Die Schiffrüchigen.

Luifen. Die Intrigantin. Reifens. Die Frau Präsidentin.

Folies Caprice. Die keusche Toilette. Schloße patent.

Walhalla. Der Liebesonfel.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Neues Volkstheater. Rudder Revue.

Anfang 9 Uhr.

Admiralspalast. Eiballst. Flirt in St. Moritz.

Sternwarte. Invalldenstr. 57-62.

Schiller-Theater Charlottenburg.

Dienstag, abends 8 Uhr: Am Tage des Gerichts.

Mittwoch, abends 8 Uhr: Zum ersten Male: Die Stützen der Gesellschaft.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Stützen der Gesellschaft.

Schiller-Theater O. Theater.

Dienstag, abends 8 Uhr: Hasemanns Töchter.

Mittwoch, abends 8 Uhr: Moral.

Donnerstag, abends 8 Uhr: Gyges und sein Ring.

Berliner Theater. 8 Uhr: Filmzauber.

Theater in der Königgrätzer Straße 8 Uhr: Das Buch einer Frau.

Theater am Rollendorfplatz. Ensemble-Gastspiel des Berliner Metropol-Theaters: Die Kino-Königin!

Residenz-Theater 8 1/2 Uhr: Die Frau Präsidentin.

(Madame la Présidente.) Schwank in 3 Akte v. M. Hennequin und P. Veber.

Morgen u. folgende Tage: Die Frau Präsidentin.

Montis Operetten-Theater Schiffsbauerdamm 4a. (fr. Neues Th.)

Gastspiel Julius Spielmann: Der lachende Ehemann. Anfang 8 Uhr.

Rose-Theater Große Frankfurter Straße 132. Zum 1. Male: Die Schiffrüchigen. Theaterstück in 3 Akten v. Ricard. Anfang 8 1/2 Uhr.

Metropol-Theater. In Vorbereitung: Die Reise um die Erde in vierzig Tagen.

Gr. Ausstattungstück in 22 Bildern v. Jul. Freund. Musik von J. Schuly. In Szene gesetzt v. Dir. Rich. Schulz.

Reichshallen-Theater Stettiner Sänger (Meissel, Britton, Schrader etc.)

Nou engagiert: Komiker Ruselli. Anfang 8 Uhr.

Deutsches Schauspielhaus 8 Uhr: Sieben tolle Tage.

Passage-Panoptikum

Die Offenbarungen der Traumalerin Frau Assmann, d. Aufseh. d. wissensch. Kreise. AGA die schwebende Jungfrau. Buddha die geheimnisvolle Tafel. Alles ohne Extra-Entree!

Berliner Prater-Theater

7-9 Kastanien-Allee 7-9. Täglich: Johanniszauber. Oper-Burleske in 3 Akte v. B. Gerike. Musik von R. Schmidt. Größtes Spezialitäten-Konzert. Anf. 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich: Militär-Doppel-Konzert. Eintrittspreise: Zoo: 1 M., von 6 Uhr ab 50 Pf. Aquar.: 1 M. v. d. Straße, 0,50 v. Zoo. Kinder unt. 10 Jahren d. Hälfte.

Neu! Neu! AQUARIUM

9 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.



Am Potsdamer-Platz

Wir zeigen in unserem reichhaltigen Programm täglich u. a.:

Die Beisetzung August Bebel's in Zürich.

Preis der Plätze von 75 Pf. an.

Beginn der Vorstellung 4, 6 1/2, 8 1/2 Uhr.

Voigt-Theater

Badstraße 58. Ab 1. bis inklusive 5. September wegen Renovierung geschlossen.

Volksgarten-Theater.

Badstr. 8 und Bismarckstr. 20/25. Dienstag, 2. September 1913: Ein glücklicher Familienvater.

Lustspiel in 3 Akten v. E. H. Görner. Dazu: Das neue Spezialitäten-Programm. Anfang 4 Uhr.

Voranz. Donnerstag, 4. Sept.: Benefiz für Erw. Berkow, Ernst Loewe, Friedrich Haase, Willi Günther: Die lustigen Heidelberger.

(Zu kleinen Breiten.)

Schweizer Garten

Am Friedrichshain 20/32. Heute Sonntag: Theater und Spezialitäten. Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

Casino-Theater

Voflinger Str. 37. Täglich 8 Uhr. Der neue Berl. Poffenclager: „Der Aktien-Tenor oder Caruso auf Teilung“.

Admiralspalast

Einz. Eispalast der Welt mit prunkvollen Eisballotten. Angenehm kühler Aufenthalt. Allabendlich Flirt in St. Moritz. Beginn d. Vorstellung 7 1/2 Uhr. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr halbe Kassenpreise.

Folies Caprice.

Heute Premiere! Original-Folies Caprice-Ensemble. Ritter Baldrian. Das Adoptivkind. Die Mißgeburt. Anfang 8 1/2 Uhr.

Vereinigte Berliner Volksbühnen.

Luisen-Theater. 8 1/2 Uhr: Die Intrigantin. Schauspiel in 6 Bildern v. E. Ritterfeldt. Morgen: Diefelbe Vorstellung.

Walhalla-Theater. Täglich 8 1/2 Uhr: Der Liebesonfel. Poffe mit Gesang und Tanz. Musik von Walter Rollo.

Trianon-Theater. Täglich abends 8 Uhr: Untreu. Vorher: Der abgerissene Hosenzug.

Spezialarzt

für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden - Ehrlich-Mata. Blutuntersuchung. Schnelle, sich. Heilung. Mäßige Preise. Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor) 8-9, 12-2, 6-8, Sonnt. 8-10, Potsdamer Str. 4 (Potsdamer Platz) Spr. 10-11, 4-5, Sonnt. 10-11.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Morgen Mittwoch, den 3. September 1913, abends 8 1/2 Uhr:

Vertrauensmänner-Versammlungen der Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:

1. Bericht des Obmanns. 2. Bericht der Werkstatt-Vertrauensleute. 3. Verbandsangelegenheiten. Jede Werkstatt muß vertreten sein. Mitgliedsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.

Versammlungslokale:

Tischler.

Südwesten und Westen: in Fabels Brauerei, Bergmannstr. 5/7. Süden: bei Glicke, Wasserlostr. 68. Südosten I u. II: im Lokal Südost, Waldemarstr. 75. Osten I: bei Klinge, Langestr. 53. - Zu dieser Versammlung sind die Kollegen der Werkstatt Vier besonders eingeladen. Osten II: bei Guth, Warshauer Str. 61. Osten III: bei Bergmann, Vorhagener Str. 26. Oestliche Vororte: bei W. Schulz, Lichtenberg, Kronprinzenstr. 47, Ede Schamweberstraße. Nordosten: bei Wermann, Gr. Frankfurter Str. 16. Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt: bei Obigo, Schwedter Straße 23. Wedding und Moabit: bei Kazarowski, Ravenstr. 6. Weißensee: im Prälaten, Lederstr. 122. Abends 8 1/2 Uhr. Neukölln: im Ideal-Kasino, Weichselstr. 8. Schöneberg: am 5 1/2 Uhr bei Winkel, Weininger Str. 8. Charlottenburg: bei Thunack, Wielandstr. 4. Küchenmöbelbranche bei Andrig, An der Stralauer Brücke 3.

Bautischler.

Bezirk 1: Südwesten, Süden, Südosten bei Grahhoff, Admiralsstr. 18c. Bezirk 2: Osten bei Bratner, Weidenweg 85. Bezirk 3: Norden und nördliche Vororte bei Glicke, Ropenhagener Str. 74. Bezirk 4: Gesundbrunnen, Wedding und Moabit bei Zache, Lindower Str. 26. Bezirk 5: Neukölln bei Schenk, Rosenstr. 24. Möbel- u. Stuhlpolierer sowie Magazinarbeiter Osten: bei Voerter, Weberstr. 17. Südosten: im Märkischen Hof, Admiralsstr. 18c. Norden: bei Günther, Brunnenstr. 96.

Drechsler, Treppengeländer- und Luxusmöbelbranche.

Norden bei Döhling, Brunnenstr. 79. Osten bei Rosin, Gubener Str. 19. Südosten und Südwesten bei Linus, Ritterstr. 123. Die Vertrauensleute aus den Luxusmöbelwerkstätten gehen nach den Versammlungen der zuständigen Tischlerbezirke. Maschinenarbeiter abends 8 Uhr bei Voerter, Weberstr. 17. Einsetzer im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal 9. Modelltischler abends 8 Uhr bei Waldb, Pfingstr. 5. Stellmacher bei Hummel, Sophienstr. 5. Jaloufiarbeiter abends 8 1/2 Uhr bei Walter, Adalbertstr. 62. Kisten- und Koffermacher abends 8 Uhr in Hermels Vereinshaus, Holzmarktstr. 21. 88/4

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Mitglieder des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes aus sämtl. Brauereien und Niederlagen Berlins u. Umg.! Donnerstag, den 4. September, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 4:

Mitglieder-Versammlung mit Frauen.

Tagesordnung: „Was will die Volkswirtschaft?“ 67/18. Kollegen! Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen sämtlicher Kollegen mit ihren Frauen. Die Branchenleitung.

Melker, Schweizer von Groß-Berlin!

Donnerstag, den 4. September, abends 8 1/2 Uhr, in den „Draniensburger Festsälen“, Chausseestraße 16:

Große öffentl. Versammlung

Tagesordnung: 1. Mißstände in der Berliner Milchproduktion. Referent: Redakteur Fritz Faas-Berlin. 2. Freie Aussprache. Mit den Mißständen in der Berliner Milchproduktion, das heißt mit den erbärmlichen Wohnungs- und Arbeitsverhältnissen der Melker hat sich in der letzten Zeit die Tagespresse lebhaft beschäftigt. In der obigen Versammlung sollen diese Zustände weiter besprochen werden und sind dazu alle Melker und Schweizer von Groß-Berlin sowie sonstige Interessenten freundlichst eingeladen. 289/16 Die Ortsgruppe Berlin des Deutschen Landarbeiter-Verbandes.

Korbmacher bei Krause, Ruslauer Str. 20. Bürstenmacher bei Preuss, Holzmarktstr. 65. Perlmutter-, Horn- u. Steinnußarbeiter um 6 Uhr bei Ernst Thomas, Reichstr. 5. Bilderrahmenmacher um 6 Uhr bei Wählich, Staligerstr. 22. Bodenleger im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal 2, 8 Uhr. Vergolder im Luisenstädtischen Kasino, Oranienstr. 180. Kammacher abds. 8 Uhr in Hermels Vereinshaus, Holzmarktstr. 21. Sargtischler abends 7 Uhr bei Kühn, Petersburger Str. 84. Modell- u. fabriktischler abds. 8 Uhr, bei Waldb, Pfingstr. 5. In dieser Versammlung werden die Fragebogen zur Jahresstatistik ausgegeben. Jede Werkstatt muß vertreten sein. Musikinstrumenten-Arbeiter abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal I.

Dienstag, den 2. September:

Stockarbeiter abds. 6 Uhr in Hermels Vereinshaus, Holzmarktstr. 21.

Donnerstag, den 4. September, abends 8 Uhr:

Laden- und Kontormöbelbranche bei Hermel, Holzmarktstr. 21. Versammlung der Vertrauensleute und der Delegierten zur Generalversammlung.

Bezirk Ober-Schöneweide.

Dienstag, den 2. September, im Lokal von Warncke, Wilhelmshofstr. 18:

Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:

1. Bericht von der General-Versammlung. 2. Verbandsangelegenheiten.

Charlottenburg.

Donnerstag, den 4. September:

Mitglieder-Versammlung im Volkshaus, Rosinenstr. 3. Tagesordnung: 1. Bericht von der Generalversammlung. 2. Aufstellung der Vertreter zu den Krankenfassen Charlottenburgs. 3. Verbandsangelegenheiten. Die Ortsverwaltung.

Steinarbeiter.

Mittwoch, den 3. September 1913, abends 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 38/39:

Kombinierte Versammlung.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung vom Bauarbeiter-Schutz-Kongress. 2. Stellungnahme zur Errichtung von Agitationsbezirken. 3. Verschiedenes. Die „Steinarbeiter“-Adressen für das nächste Quartal müssen bis 10. Sept. abgegeben werden. Die Ortsverwaltung. 171/17*



Bei Rückgrat-Verkrümmungen wurden glänzende Erfolge erzielt mit meinem gesetzlich geschützten Geradhalter-Apparat Original-System „Haas“ 16 Auszeichnungen, u. a. auf dem 10. Aerostkongress in Lemberg und der Internat. Hygiene-Ausstellung in Dresden. Soeben preisgekrönt auf dem 17. Intern. Aerostkongress in London 1913. Dauernde Regulierung des Apparates kostenlos! Reichillustrierte Broschüre gratis. Franz Menzel, Berlin W. 35, Schöneberger Ufer 23. Vor Nachahmungen, die unter ähnlich lautenden Firmen angeboten werden, wird dringend gewarnt. Nur die Firma Franz Menzel liefert die weltberühmten Original-„Haas“-Apparate. 256/13* Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.

Die Gemeindegewählerliste.

Das Interesse an der Gemeindegewählerliste ist mit den Jahren gestiegen. Immer mehr Wähler erkennen die Notwendigkeit an, die Listen einzusehen, die alljährlich in der Zeit vom 15. bis 30. Juli zur öffentlichen Einsicht ausliegen. Während im Jahre 1905 es 21 314 Personen für notwendig hielten, die Listen einzusehen, war die Zahl im Jahre 1911 bereits auf 77 785 gestiegen. Diesmal — im Jahre 1913 — haben 82 118 Personen die Wählerlisten eingesehen. Gegen die Richtigkeit der Wählerliste sind 2 302 Anträge eingereicht worden. Die Stadtverordnetenversammlung hat nun die Aufgabe, zu prüfen, inwieweit die Anträge berechtigt sind oder nicht. Nach den Aufzeichnungen des städtischen Wahlbureaus sind 919 Antragsteller deshalb nicht in die Wählerlisten eingetragen, weil sie als Steuerresidenten gemeldet sind. Nach der Städteordnung sind aber nur Personen wahlberechtigt, die ihre Steuern entrichtet haben. Dieser Begriff ist nicht ganz klar; insbesondere bestehen Meinungsverschiedenheiten über die Zeitdauer der Steuerzahlung. Gewöhnlich wird aber ein volles Jahr gerechnet. Es ist zweifellos, daß die große Arbeitslosigkeit zu einem erheblichen Teile der Grund für die Nichtzahlung der Steuern ist. Unsere Steuerverwaltung arbeitet aber recht langsam, wenn es gilt, Anträge auf Herabsetzung oder Erlass von Steuern zu erledigen; schneller geht es schon, den Bürgern das Wahlrecht zu nehmen. Es ist anzunehmen, daß von den 919 wegen Steuerrückständen gestrichlenen Personen eine ganze Anzahl noch Aufnahme in die Liste finden werden, wenn sie bis zur Prüfung der Einsprüche ihre Steuern entrichtet haben. 247 Antragsteller sind deshalb nicht in der Wählerliste, weil sie als Schlafburschen gemeldet sind. Chambregarnisten sind zur Stadtverordnetenwahl wahlberechtigt, Schlafburschen dagegen nicht.

Wegen der sogenannten Krankenhauspfllege haben 175 Antragsteller in die Wählerliste nicht aufgenommen werden können. Dieser Grund ist ein recht eigenartiger. Wenn jemand Angehörige in einem Krankenhaus hat unterbringen müssen und er ist nicht in der Lage, die aufgelaufenen Kosten sofort auf einem Brett hinglegen zu können — und welcher Arbeiter kann das — so wird ihm das Wahlrecht auf ein Jahr genommen selbst dann, wenn der Arbeiter die Kosten ratenweise zahlt, wie das in Berlin bekanntlich recht häufig geschieht. Ein größeres Unrecht ist kaum denkbar. Der Reichstag hat deshalb auch beschlossen, daß Krankenhauskosten keine Einwirkung auf das Reichstagswahlrecht ausüben; er ersuchte die Einzelstaaten, gleiche Bestimmungen auch für das Wahlrecht zum Landtag und für die Kommunen zu treffen. Eine ganze Reihe von Einzelstaaten ist diesem Ersuchen nachgekommen, nur in Preußen ruht diese Angelegenheit seit Jahren in der sog. Gemeindegewählerkommission. Es dürfte höchste Zeit sein, daß auch Preußen auf diesem Gebiete vorwärts geht. Bis dahin bleibt nichts anderes übrig, daß auch die Stadt Berlin einen Fonds schafft, aus dem diese Krankenhauskosten vorstufweise gezahlt werden, um den Bürgern das Wahlrecht zu erhalten, trotz eines bestehenden Urteils des Oberverwaltungsgerichts. Verschiedene Städte sind nach dieser Richtung weiter gegangen.

65 Antragsteller stehen nicht in der Liste, weil sie Strafmessung erhalten haben, ebenfalls ein bitteres Unrecht, das durch das geplante Gesetz beseitigt werden soll. 107 Personen sollen keine Preußen sein, 198 sind nach den Angaben des Wahlbureaus noch kein Jahr in Berlin, 42 sind mit einem Einkommen von unter 600 M. veranlagt und deshalb nicht wahlberechtigt. 114 Antragsteller sind irrtümlich nicht eingetragen. Dann kommen Personen, bei denen mehrere Gründe zugleich zutreffen sollen, sie sind teils Steuerresidenten, durch Krankenhauspfllege unterzogen, noch nicht ein Jahr in Berlin usw. 102 Personen sind bereits eingetragen, anscheinend haben die Beamten die Leute beim Nachsehen in die Liste nicht gefunden.

70 Anträge beziehen sich auf Wohnungs- und Standesberechtigungen und ist denselben sofort entsprochen worden.

Man sieht also schon heute, wie notwendig die Einsichtnahme in die Wählerliste war. Einer ganzen Reihe von Anträgen dürfte die Stadtverordnetenversammlung noch stattgeben.

Partei-Angelegenheiten.

Ergebnis der Urwahl im vierten Wahlkreis.

Am Sonntag fand im vierten Wahlkreise die Urabstimmung für die Delegierten zum Parteitag nach Jena statt. An der Wahl beteiligten sich 4256 Mitglieder. Als Delegierte wurden gewählt: Ad. Hoffmann (3033 Stimmen), B. Hoffmann (2674), C. Melle (2426), Frau Fahrwald (2180), C. Klingler (2146), Ch. Gutkunst (1731 Stimmen). Außerdem erhielten Stimmen: R. Roders 1659, R. Schmalbach 1510, B. Pittauer 1476, B. Reue 1381, Frau Demming 1308, A. Wieloch 1222 und Frau Bengels 1086 Stimmen.

Reußla. Heute abend findet bei Partisch, Hermannstraße 49, eine außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Bericht der Stadtverordnetenfraktion und Aufstellung des Stadtverordnetenandidaten für die zweite Klasse im 2. Bezirk.

Am Mittwoch, den 3. September, abends 8 1/2 Uhr, spricht in einer öffentlichen Versammlung bei Partisch, Hermannstraße 49, der „Volksmacht“-Redakteur, Genosse Hoffmann-Wiesefeld, über: Disziplin und Zucht.

Mariendorf. Der Vortragszyklus über die Entwicklungsstufen des Wirtschaftens kann umständelicher nicht stattfinden. Die schon gekauften Billets werden an den entnommenen Stellen zurückgenommen.

Bahnsdorf (Grünau). Heute Dienstag, den 2. September, abends 8 1/2 Uhr: Außerordentliche Generalversammlung des Wahlvereins in der „Villa Kahl“ (Inhaber Valofzer), Nibelstraße 8. 1. Wahl des ersten Vorsitzenden und der Revisoren. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.

Potsdam. Morgen, Mittwochabend 8 1/2 Uhr, bei Hausmann: Wahlvereinsversammlung. Auf der Tagesordnung steht unter anderem ein Vortrag des Genossen Groger über „Kommunale Angelegenheiten“.

Berliner Nachrichten.

Flieger über Berlin.

Die Begeisterung für die Zeppeline hat ungeachtet aller Anerkennung der Verdienste des Namensgebers und mancher seiner Nachahmer ein großes Loch bekommen. Der erste Sturm, der erste Wibel, gemischt mit patriotischem Hurra-gebrüll, das sich auch an die weitbedeutendsten Erfindungen zum Zwecke des Massenmordes aus der Luft heranmacht, ist verpufft. Wo im deutschen Reich ein Lenkbarer zum ersten Male aufsteigt und seine Kreise zieht, hetzern wohl Laufende noch immer auf die Dächer und sind ganz aus dem Häuschen, aber in Groß-Berlin ist der lenkbare Luftballon zum stereo-

typen Anblick geworden. Man sieht in die Höhe, bleibt einige Sekunden stehen — länger vermag ein Luftschiff die allgemeine Aufmerksamkeit kaum mehr zu fesseln. Die Macht der Gewohnheit hat ihr Recht angetreten. Anders steht es mit der Flugmaschine. Das ist noch immerhin Neuland, reizt das Publikum durch die Gefahr, durch die vielen Todesstürze, auch durch ein ungleich grandioseres Bild, wenn ein Dugend und mehr Flieger sich zur selben Zeit auf engem Raume in die Lüfte wagen und wie Riesentauben umherzuwirren. Das Interesse an diesem Flugport hat sich trotz aller mit Menschenleben bezahlter Lehrgelder nicht vermindert, hat sich stetig erhöht. Es ist um so größer geworden, als Herr von Jagow, unser verehrter Polizeipräsident, der überall dabei sein muß, auch in den Fliegerport seine gebietende Hand hineinsteckte. Noch heute besteht das Polizeiverbot, daß Flieger das Berliner Reichbild bei Strafe von hundert Mark für die einzelne Uebertretung zu meiden haben. Die Flieger kehren sich nicht viel daran. Der Wagenist des Sportsmanne, die häufige technische Notwendigkeit, Häuser zu überfliegen, läßt sich von den Verfügungen, die am grünen Tisch geboren werden, nicht aufhalten. So muß die Polizei, die den Luftschuttmann noch nicht hat, einstweilen beide Augen zudrücken, weil der Herr Präsident wieder mal zu schwarz gehen und zu grün geschrieben hat. „Da fliegt einer!“ Aus Zehntausenden von Köhlen erschallt es jetzt bewundernd aus dem Berliner Häusermeer fast schon jeden Tag. Fliegt der eiserne Vogel auch weit über tausend Meter hoch, man hört seinen Flügelschlag, der weit stärker ist als bei dem lenkbaren Luftballon, schon lange vorher und sucht den Himmel ab. Nur zu schnell ist das wunderbare Bild, das dem einzelnen Menschen die Luft erobert hat und das man stundenlang mit dem Auge festhalten möchte, entschwinden. Unberrt zieht der Luftpionier seine schurkerade Bahn, unberrt um die lauernen Gefahren, um die blitzschnell einsetzenden Böen, um die ihn staunend verfolgenden Blicke der Millionenbevölkerung. Seine ehrliche Freude kann man haben an diesem gewaltigen und rastlosen technischen Fortschritt der Menschheit, stände nicht gleich auch beim Flugport wieder in erster Linie das Geschäft und die massenmordende Kriegshydra. Der Flugport ist leider schon zu stark in den Rachen des Molochs Militarismus hineingefegelt, und das bürgerliche Publikum gibt sich redliche Mühe, diese kostspieligen Bestrebungen, für die der deutsche Michel die Rechnung bezahlt, zu unterstützen. Paratengleich schreit es hoch, um einen edlen Sport für eigennützige Zwecke einzelner oder des Staates auszuschlachten. Die Berliner Anfallsgläubigen zeigen ja jetzt tagelang, was möglich ist. Eine Luft-Zugendwehr, begründet von smarten Luftküssen, die darauf rechnen, sich zur Füllung ihrer Taschen an Behörden und hochgestellte Personen heranzuschlingeln — das hat uns gerade noch gefehlt. Auch diese Mode ist nur die Quittung auf das widerlich eingerissene Patriotengeflingel... die Dummen werden ja nicht alle.

Flugmanöver der Vögel kann man gegenwärtig wieder vielfach beobachten. Zum Abzug nach dem Süden werden jetzt die letzten Uebungen unternommen. Verammlungen in den sich bereits stark lictenden Kronen der Bäume finden allmorgendlich statt. In denen geht es meist recht lärmend zu; einer sucht den anderen zu überzwischern und zu überpiepen. Erst zeigen die Alten, wies Lustigerod mit dem Fliegen gemacht wird. Dann müssen die Jungen vor die Front; manche benehmen sich noch recht torkelhaft und ungeschickt; ein paar Schnabelbiebe der Alten forgen für den nötigen Nachdruck in der Belehrung; und allmählich geht's auch besser! Jeden Tag kann man diese Flugmanöver ein paarmal beobachten. Die Schwalben und Störche sind zum großen Teil wohl bereits fortgeflogen; nun üben die Stare und Drosseln. Großen dunklen Wollen gleich sieht man sie sich im Baumgeäst niederlassen und wieder aufplattern. Das bereits stark angegilbte Laub läßt ihre kleinen, beweglichen Körper noch dunkler, noch plustriker erscheinen. Eines schönen Tages werden sie ganz verschwunden sein und den Spagen allein das Feld überlassen haben. Immer herbstlicher wird die Welt, und immer rascher eilt der Sommer seinem Ende zu!

Zeichen der Zeit.

Die Zahl der Obdachlosen wächst wieder bedenklich in Berlin. Im Juli und August d. J., also in den günstigsten Monaten des Jahres, wurden in den Berliner Ähln 90 000 Obdachlose, darunter 4000 Frauen beherbergt. Was soll da erst werden, wenn schlechtes Wetter eintritt und das Nüchtigen im Freien aufhört?

Die Berliner Stadtverordnetenversammlung tritt am kommenden Donnerstag zu ihrer ersten Sitzung nach den Ferien zusammen. Eine umfangreiche Tagesordnung ist den Stadtverordneten zugegangen, unter andern steht auch der sozialdemokratische Antrag über die Arbeitslosigkeit zur Debatte.

Ein neues Jugendheim in Tegel.

Seit einer Reihe von Jahren hat die Arbeiterkass der Tegeler Jugend ein Heim zur Verfügung gestellt, das gleich den Berliner Heimen täglich geöffnet war. Es befand sich in der Schlieperstr. 30, in einem Privathause, und hat wohl wesentlich durch seine Existenz mit dazu beigetragen, daß sich die Patrioten am Orte rührten und ihrerseits unter hoher obrigkeitlicher, kirchlicher und Kapitalisten-Protektion ein Konkurrenzinstitut schufen, in dem die Tegeler Jugend „parteilos“, wie es so nett genannt wurde, mit Billard- und Kartenspiel unterhalten werden sollte. Diese beiden Spielarten sind nun allerdings in unseren Arbeiterjugendheimen nicht vorgesehen, was zugegebenermaßen auf einen Teil der Jugend auch nicht ohne Wirkung geblieben sein mag. Aber dessen ungeachtet können wir mit dem Besuch unseres Heims unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse zufrieden sein. Dem Verein Arbeiterjugendheim ist es auch bisher gelungen, die nötigen Mittel zur Unterhaltung aufzubringen. Verschiedene Umstände haben nun aber Anlaß gegeben, den Mietvertrag des bisherigen Heims zu lösen. Den Bemühungen unserer Freunde ist es gelungen, im eigenen Hause des Tegeler Konsumvereins (jetzt der Berliner Konsumgenossenschaft gehörig) in der Bahnhofsstraße 15 ein neues Jugendheim zu schaffen. Hierdurch sind auch die materiellen Verpflichtungen des Heims günstiger geworden und die Lage in unmittelbarer Nähe des Bahnhofs scheint auch für die Besucher von Vorzugswerte und anderer näher zu erreichender Umgegend Tegels günstiger, so daß hinfort wohl mit Sicherheit auf einen stärkeren Besuch

dieses eigens für die arbeitende Jugend geschaffenen Unterhaltungs-instituts zu rechnen sein dürfte. Aus Anlaß der bevorstehenden Eröffnung dieses neuen Heims hat der Jugendausschuß in Gemeinschaft mit dem Vorstand des Vereins zum Sonntag, den 14. September, eine kleine Festsitzung in Aussicht genommen, in der ein Referat über die Jugendbewegung von einem bekannten Freunde der Arbeiterjugend gehalten wird, außerdem sind Rezitationen, Gesangsvorträge usw. vorgesehen. Alle Freunde, besonders aus den Berliner Heimen, sowie Eltern und Geschwister der Arbeiterjugend sind zu dieser Festsitzung, an die sich eine Besichtigung der neuen Räume anschließen soll, herzlich willkommen. Vom 15. September ab soll dann das neue Heim der weiblichen und männlichen Jugend in den bekannten Abend- und Sonntags- auch Nachmittagsstunden zur Benutzung offen stehen.

Großfeuer in der Brandenburgstraße.

In der bekannten Schraubenfabrik von H. Wulke in der Brandenburgstr. 75, neben dem Straßenbahnhof II der Großen Berliner Straßenbahn, kam gestern mittag kurz vor 12 Uhr ein gewaltiger Brand zum Ausbruch. Die Firma hatte ihre Fabrikräume in drei großen Quergebäuden und einem langgestreckten Seitenflügel. Das Feuer entzündete im dritten Stock des ersten Quergebäudes in der sogenannten Automatenabteilung und breitete sich mit ungewöhnlicher Schnelligkeit aus. Die anwesenden Arbeiter konnten sich nur durch schleunige Flucht in Sicherheit bringen. Wenige Augenblicke später war der Brand auch schon auf den vierten Stock des ersten Quergebäudes übergegriffen und helle Flammen hüllten die oberen beiden Stagen ein. Aus dem vierten Stock hatte sich ein Arbeiter, der den Ausgang nicht mehr rechtzeitig erreichen konnte, in seiner Angst auf das Dach geflüchtet. Die Feuerwehr wurde von verschiedenen Seiten aus alarmiert und war bald mit mehreren Löschzügen zur Stelle. Es traten sofort mehrere Dampfsprizen in Tätigkeit, die teils in der Brandenburgstraße und teils in der Moritzstraße an Hydranten anlegten. Der Löschangriff erfolgte von mehreren Seiten aus. Auf dem ersten Hofe des Grundstücks Nr. 75 wurde eine mechanische Leiter errichtet, über die hinweg mit einem starken Dampfsprizenrohr Wasser gegeben wurde. Auf dem zweiten Hofe trat der Fontanamast in Aktion, der von einer Motorsprize gespeist wurde. Außerdem schleuderten noch vier weitere Rohre gewaltige Wassermengen in die brennenden Räume. Vom Nebengrundstück Nr. 74 aus wurde mit einem weiteren Dampfsprizenrohr Wasser gegeben und vom Grundstück Nr. 72/73 aus wurden noch zwei Schlauchleitungen gelegt, so daß insgesamt neun Rohre in Betrieb waren. Der auf das Dach geflüchtete Arbeiter konnte noch gerettet werden. Das Feuer sprang vom ersten Quergebäude auf den angrenzenden Seitenflügel über. Für die Feuerwehrlösung nun die Hauptaufgabe darin, den Brand vom zweiten Quergebäude zurückzuhalten. Durch unausgesetztes Wassergeben konnte das zweite Quergebäude schließlich auch geschützt werden. Die beiden oberen Stagen des ersten Quergebäudes sind aber vollständig ausgebrannt, und auch im Obergeschoß des Seitenflügels ist viel Schaden angerichtet worden. Während der Löscharbeit drohte eine Giebelwand einzustürzen, so daß die Feuerwehr große Vorsicht beobachten mußte. Der Straßenbahnhof II, der anfangs auch gefährdet war, ist vom Feuer nicht in Mitleidenschaft gezogen worden. Auf dem Dach des Straßenbahnhofs hatte eine Löschabteilung Posto gefaßt, um ein Ueberpringen der Flammen zu verhindern. Die Brandstelle war in weitem Umkreise durch die Polizei abgesperrt.

Von anderer Seite wird uns über den Brand berichtet: In der Wulkeschen Schraubenfabrik bestehen für die Härting mit Petroleum vorgenommen. Gestern ereignete es sich, daß ein Petroleumfessel überlachte, und als ein Arbeiter mit Lappen zusah, wurde unglücklicherweise der Kessel umgerissen und im Ru flanden größere Flächen in Flammen. Daß das Feuer auch schnell das obere Stockwerk erfaßte, ist gar kein Wunder. Die Transmissionsriemen gehen durch die Decke ins obere Stockwerk; es fehlte an der Decke aber die vorgeschriebene Blechverkleidung, so daß die Flammen sofort Abzug nach dem oberen Stockwerk fanden. Wie uns berichtet wird, sollen auch in anderen Berliner Betrieben solche primitiven Einrichtungen bestehen, die eine ständige Feuer- und Lebensgefahr für die Arbeiter bilden. Die Gewerbe- und die Feuerpolizei sollten sich die Einrichtungen etwas genauer ansehen, um großes Unglück zu verhüten.

Der Lafai als Gutsvorsteher.

Nach dem „Zeltower Kreisblatt“ ist der prinzipale Lafai Karl Spormann als Gutsvorsteher des Gutsbezirks Klein-Glienide bestatigt und vereidigt worden.

Warum denn auch nicht? Wer zu preussischen Prinzen in anziehendsten Beziehungen steht, hat damit den Befähigungsnachweis für jeden Staatsposten erbracht.

Neue Ringbahnbauten. Bei den Ringbahnhöfen Schönhauser Allee und Landsberger Allee sind umfangreiche massive Neubauten, die vom Strahengelände nach dem Bahnhofs führen, errichtet worden. Der Bau an der Schönhauser Allee stellt die kürzeste Verbindung mit Bichert- und Greifenhagener Straße her, so daß hier demnächst zwei Eingänge und zwei Ausgänge vorhanden sind. Das massive neue Treppenhaus an der Landsberger Allee vermittelte einen besonderen Ausgang. Beide Bauten sollen schon im Oktober der öffentlichen Benutzung übergeben werden. Beim Ringbahnhof Weihensee, der von Jahr zu Jahr stärkeren Verkehr aufweist, sind neben die Arbeiten zur Herstellung eines besonderen Ausgangs nach der Weihensee Seite zu in Angriff genommen worden.

Das Reinhardtische Theaterunternehmen im Zirkus Schumann.

Bekanntlich wird ein vollständiger Umbau des Zirkus Schumann für die Zwecke des Professor Reinhardtischen Theaterunternehmens geplant. Hierbei sollte die unter dem Zirkus fahrende Durchfahrt entfernt und statt dessen eine Umfahrt über der jetzigen Pante hergestellt werden. Neuerdings wird nun seitens der Verkehrsbehörde nicht nur die Offenhaltung, sondern auch auf eine erhebliche Verbreiterung der jetzigen Durchfahrt gedrungen. Die Erfüllung dieser Forderung würde aber das Reinhardtische Unternehmen im Zirkus Schumann unmöglich machen. Um aus dieser Schwierigkeit einen Ausweg zu finden, ist nun auf Vorschlag der Theaterabteilung des Polizeipräsidenten beabsichtigt, die Umfahrt über der Pante zu verbreitern. Die Zirkus-Baugesellschaft hat zu diesem Zwecke an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, ihr einen Teil des Schulgrundstücks Albrechtstr. 20 mietweise bis 1. April 1940 zur Benutzung zu überlassen, und der Magistrat hat beschlossen, darauf einzugehen, weil der betreffende kleine Teil des Schulgeländes, ohne den Schulbetrieb zu beeinträchtigen, entbehrlich werden kann. Es wird eine Jahresmiete von 300 M. gezahlt, und der Stadtgemeinde werden die immerhin erheblichen Teilkosten für die Errichtung der Abflughaut erspart werden.

Ein aufregender Vorgang spielte sich am Sonntagmorgen in Summit bei Nützenbeck ab. Dort nahm der 23 Jahre alte Turner Holz, der mit dem Arbeiterverein eine Nachpartie gemacht hatte, ein Bad im See. Holz wollte mit noch einem Kameraden von der Badestelle nach der linken Seite hinüberschwimmen. Als er etwa 1/2 der Strecke zurückgelegt hatte, verließen ihn die Kräfte. Er schrie um Hilfe und ging bald darauf unter, kam aber wieder hoch und legte noch eine Strecke zurück. Wieder tief der in Not befindliche Schwimmer und mit ihm sein Kamerad mehrere Male. Vor ihnen, etwa 20 Meter entfernt, standen zwei Röhre, in denen je zwei Herren beim Angeln beschäftigt waren, die sich aber nicht stören ließen. Indessen ging Holz noch fünfmal unter. An der Badestelle befanden sich etwa 40 Personen, die diesem aufregenden Vorgange zusahen. Obwohl der Rettungsfahrer und mehrere Schwimmer im Gange waren, konnte der verzweifelt um sein Leben kämpfende nicht mehr gerettet werden. Gegen die Angler, denen eine Rettung des Holz leicht möglich gewesen wäre, machte sich das Publikum in entrüsteten Worten Luft. Die Leiche des Ertrunkenen konnte noch nicht geborgen werden.

Eine männliche Leiche sah den Ausflügler am Sonnabend früh bei Saatwinkel nicht weit von der Brücke im Wasser treiben. Da gerade ein Motorboot der Wasserpolizei in Sicht war, winkten Ausflügler daselbst heran und machten auf die im Wasser treibende Leiche aufmerksam. Da kamen sie aber schon an. Die Leute wurden angehalten mit den Worten: „Sichern Sie sich fort!“ Sie mußten beobachten, wie das Polizeiboot sich entfernte, ohne sich um die Leiche zu kümmern. Wie den Ausflüglern von einem Forstbeamten mitgeteilt wurde, besteht für das Auffuchen von Wasserleichen eine beständige Patrouille. Das kann unserer Meinung nach doch nicht hindern, daß auch die Strompolizei weiteres veranlaßt, wenn ihre eine Mitteilung wie die obige gemacht wird.

Am Zusammenhang mit dieser Meldung scheint eine Liebes- Tragödie zu stehen, über die folgendes berichtet wird: Eine Liebestragödie hat in Röhrensee ihren Abschluß gefunden. In der Nähe von Saatwinkel wurden am Sonnabend in später Abendstunde die Leichen eines jungen Mädchens und eines Mannes aus dem Spandauer Schiffahrtskanal geborgen. Wie die polizeilichen Ermittlungen ergaben, sind die Toten ein 19 Jahre alter Kutscher Max Kutschki aus der Scharnweberstraße in Reinickendorf und dessen Geliebte, das 17 Jahre alte Dienstmädchen Anna Wierholz aus der Hauptstraße in Jeshendorf. Beide sind gemeinsam ins Wasser gegangen, weil sich einer Verheiratung Hindernisse in den Weg stellten. In einem hinterlassenen Briefe bitten sie, in einer gemeinsamen Gruft beigesetzt zu werden.

Zwei geriebene Logischwindler und Schlafstellendiebe, durch die zahlreiche Wittinnen schwer bestohlen und betrogen worden sind, konnten wieder einmal unschädlich gemacht werden.

Jagd nach einem Taschenmarder im Freibad Wannsee.

Im Freibad Wannsee, das am Sonntag infolge der schönen, warmen Witterung von Rekrutanten besucht wurde, gab es nachmittags ein aufregendes Intermezzo. In eines der vielen Badegäste hatte sich ein fremder Burche eingeschlichen und aus den Kleiderstücken der Besitzer Wertgegenstände gestohlen. Als er das Jelt wieder verließ, wurde der Diebstahl bemerkt. Der Diebstahl ergriff die Flucht und bald fehlten zahlreiche Badegäste hinter dem Flüchtling her. Obwohl die letzteren infolge ihrer Tristot- bzw. Badehofenbekleidung weniger in ihren Bewegungen behindert wurden, sollte es dem Dieb doch gelingen, aus dem Bereich des Freibades zu kommen. Ein Gendarmerteilnehmer, der die weitere Verfolgung des Marders übernahm, vermodete später den Flüchtigen festzunehmen.

Mit falschen Zwanzigmarkstücken

bezahlt ein Falschmünzer oder dessen Verbreiter Droschkenkutscher und Kraftwagenführer. Bei andbrechender Dunkelheit unternimmt er Fahrten, steigt dann an einer dunklen Stelle ab und entrichtet den Fahrpreis mit nachgemachten Zwanzigmarkstücken. Auf diese Weise geht er so leicht in anders Geld um, weil die Kutscher in der Dunkelheit die Münzen auf ihre Echtheit nicht nachprüfen können. Erst gestern feierte der Gauner, ein Mann von etwa vierzig Jahren, der mittelgroß ist, einen schwarzen Paletot und einen schwarzen heißen Hut trägt, einen Chauffeur in Neudöln an. Dieser merkte, als er ein Geldstück erhielt, daß dieses falsch war und gab es zurück. Vereintwilligt gab der Fahrgast, der ganz erkannt war und die ganze Böhse voll Zwanzigmarkstücke hatte, ein anderes. Der Chauffeur gab hierauf heraus, machte aber später die Entdeckung, daß auch dieses falsch war. Er nahm jetzt die Verfolgung des Mannes auf, es gelang ihm jedoch nicht mehr, ihn zu finden.

Die Möbelmesse am Zoo wird am Mittwoch, den 3. September, geschlossen. Das die Tischlerinnung zu Berlin, die Veranstalterin dieser Möbelmesse, mit dem Erfolg derselben zufrieden sein kann, beweist der in der verhältnismäßig kurzen Zeit nach Hunderttausenden zählende Besuch. Der geschäftliche Erfolg der Ausstellung hat diese Veranstalter, schon jetzt für die nächste Möbelmesse am Zoo über 200 Quadratmeter zu belegen, so daß wiederum eine Vergrößerung der Ausstellung in Aussicht genommen werden muß. Als Termin für diese Möbelmesse kommt das Frühjahr 1914 in Frage und werden die genauen Daten noch bekannt gegeben.

Der Verband der Landeskolonisten Berlin und Umgebung veranstaltet seine diesjährige große allgemeine Ausstellung von Blumen, Gemälden, Früchten, Sämlingen und Kaninchen am Sonntag, den 7. September, bis Dienstag, den 9. September. Infolge des großen Aufschwungs, den die Organisation der Berliner Landeskolonisten genommen hat, findet diese Ausstellung im großen Saal bei Keller, Koppensstr. 29, statt. Der Verband der Landeskolonisten zählt jetzt 106 Vereine und besitzt 28 eigene Kolonien.

Wer ist die Tote? Am 1. September 1918 wurde im Tegeler See eine weibliche Leiche aufgefunden.

Beschreibung: 18-20 Jahre alt, 1,50-1,55 Meter groß, schlankes Gestalt, dunkelblondes Haar in zwei Zöpfen geflochten, graue Augen, mittlere Nase, mittlere Ohren, mittlerer Mund, vorn vollständige Zähne, keine besonderen Kennzeichen. Bekleidung: Dunkelbraunes kleinstärktes Prinzkleid mit weißem vierreihigen Aufschnitt, weiße Hosen, weißer Unterrock, weißes Hemd, sämtlich ohne Zeichen, ein braunweiß gestreifter Unterrock mit braunem Volant, weißes Leibchenrock, weiße Halbhandschuhe, braune baumwollene Strümpfe, graue Gummistiefelchen, schwarze Schürzhübe, weißer Strohhut mit rosa Besatz und Blumenranke, schwarze Damenhandtasche mit braunem Klappverschluss, braune Inhalt, weißgrünes verwaschenes Batisttaschentuch mit braunem Rand, goldene Ohrringe mit je zwei Korallen, silberne Brosche in Form eines Schildes mit schwarz-goldenem Kreuz, darunter eingraviert die Buchstaben J. V. P. Die Leiche befindet sich in der Leichenhalle in Tegeler. Refognoszenten wollen sich im Amtsbureau Tegeler - Zimmer 41 - oder auf der Polizeiwache melden.

Die Arbeiter-Samariter-Kolonie Groß-Berlin beginnt im Anfang dieses Monats mit ihrem neuen Lehrkursus in der „Ersten Hilfeleistung bei Unglücksfällen und Er-

krankungen“. Wichtig, ja sogar notwendig für jeden Menschen ist es, im Falle der Gefahr einer Erkrankung, im Falle eines Unglücksfalles, einer Verletzung, sofort mit den richtigen Mitteln eingreifen zu können; durch schnelle Hilfe ist viel getan, durch richtige Hilfe wird viel weiteres Unheil vermieden. Nähere Angaben werden vom ersten Vorsitzenden der Kolonne, P. Krause, Neudöln, Osterstr. 46, gemacht.

Zwei Kinder überfahren.

Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich gestern an der Ecke der Reander- und Schmiedstraße. Dort spielten zwei Kinder im Alter von 7 und 10 Jahren auf dem Strohdamm mit einem kleinen Leiterwagen. Dabei gerieten unter die Räder eines daherkommenden beladenen Rollwagens und wurden überfahren. Dem jüngeren Kinde wurde der Kopf zermalmt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Das ältere Kind erlitt ebenfalls sehr schwere Verletzungen, konnte aber noch lebend nach der nächsten Unfallstation gebracht werden; doch erscheint auch sein Zustand sehr bedenklich. Der Kutscher des Rollwagens wollte sich nach dem geschehenen Unglück der Verantwortung durch die Flucht entziehen. Er wurde jedoch an der Kotzbufer Brücke eingeholt und festgenommen.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

In der Generalversammlung des Wahlvereins wurde die Diskussion über das Thema: „Massenstreik und Parteitag“ fortgesetzt. Genosse Dose ist der Ansicht, daß wir unter den heutigen Verhältnissen in keinen Massenstreik eintreten und wenn die Verhältnisse in unserem Partei- und Gewerkschaftsleben sich nicht ganz bedeutend ändern, daran auch nicht denken könnten. Der Militarismus steht noch vollständig gefestigt da. In Partei wie Gewerkschaften käme der Wille der Masse nicht mehr zur Geltung und dies sei der Grund, weshalb viele, teilweise jahrelang organisierte Genossen uns den Rücken kehren. Bei allen diesen Dingen ließe es den Hebel aufheben, bevor wir an einen erfolgreichen Massenstreik denken könnten. Zempelburg betont, daß wir uns in einem Stadium der Stagnation befinden und schon darum für den Moment nicht an einen Massenstreik denken könnten. Es zeige sich, daß wir mit unserer Agitation auf falscher Fährte wären. Flugblätter würden massenhaft gedruckt, aber wenn sie wirklich verbreitet seien, nicht gelesen. Bei der Wahlagitiation, die den Kern unserer Agitation bilde, werde zu wenig prinzipielle Aufklärung geleistet. In Flugblättern und Versammlungen würden fast nur Tagesfragen erörtert, auf unsere prinzipiellen Forderungen werde zu wenig eingegangen. Wohla verlangt Stärkung der Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung, damit wir im Falle eines Generalstreiks der bürgerlichen Gesellschaft die Zufuhr von Lebensmitteln unterbinden könnten, ohne selbst darunter zu leiden. Habicht nimmt die Gewerkschaften in Schutz gegen den Vorwurf, aus kleinlichem Eigeninteresse der Propaganda des Massenstreiks entgegenzuarbeiten. Wer aber täglich mit gewerkschaftlichen Kämpfen zu tun habe und sähe, wie schwer es hält, dieselben zu führen; wer alle feindlichen Strömungen innerhalb des Proletariats täglich vor Augen habe, der könne nur warnen vor einer Aktion, die, aller Voraussicht nach, mit einem Fiasko enden müßte und dann die Bewegung auf Jahrzehnte hinaus lähmen würde. In seinem Schlußwort sagte Dunder, daß wir durch die Tagespolitik, die für unsere Agitation notwendig gewesen und die auch erst unter rapides Anwachsen ermöglichte, in eine Sackgasse geraten seien. Nun dürften wir aber nicht Rekrut machen, sondern müßten die Berrammlung niederrücken, um aus der Sackgasse eine Durchgangstraße zu machen. Kein Mensch sei so töricht, den Massenstreik für heute oder morgen zu fordern. Es sei aber eine neue Waffe zu den alten, und zwar die schärfste, deshalb sei es notwendig, recht eingehend darüber zu beraten. Wenn wir das Ziel nicht im Erreichen von Tagesforderungen sehen, sondern in der sozialistischen Gesellschaft, so müssen wir einen Weg gehen, auf dem wir eine ganze Reihe von Massenstreiks antreffen. Andere Wege gibt es nicht. Für manchen mag der Verzicht auf eine gemächliche Aktion sehr schmerzhaft sein, daran läßt sich aber nichts ändern. Was in anderen Ländern möglich gewesen, warum sollte es nicht auch im klassischen Lande des Sozialismus, im Lande der zurzeit größten Gewerkschaftsbewegung möglich sein. Er schloß mit dem Dichtertwort:

Und setzen wir nicht das Leben ein,
Wie wird uns das Leben gewonnen sein.

Hierauf stimmte die Versammlung der auf der Niederbarnimer Kreisgeneralversammlung am 10. August zur einstimmigen Annahme gelangten Massenstreikresolution einmütig zu, deren Wortlaut wir seinerzeit veröffentlicht haben. Alsdann gelangte noch folgende Resolution zur Annahme: „In Anbetracht dessen, daß der Vorkott, richtig angewandt, eine nicht zu unterschätzende Waffe im Wahlrechtskampf ist, fordert der Parteitag die Parteigenossen auf, den Schnapsbockst in der schärfsten Form durchzuführen.“ Sodann wurde über diejenige Genossen verhandelt, die ihre Pflicht als Wahlmänner bei der Landtagswahl nicht ausgeübt haben, sowie über den Genossen Herden, der sich an der Wahlmännerwahl nicht beteiligt hatte. Nach langer, heftiger Debatte wurde beschlossen, den Genossen Rosenkranz, Kieper, Schrader und Herden eine Klage zu erteilen und gegen den Genossen Lodaß Einleitung des Ausschlußverfahrens aus der Partei zu beantragen. Wegen der vorgeschrittenen Stunde wurden die anderen Punkte von der Tagesordnung abgesetzt.

Die Toleranz der christlichen Kirche zeigte sich wieder einmal bei der am Sonntag erfolgten Beerdigung des Genossen Straß im hellsten Lichte. Die Angehörigen des ganz plötzlich Verstorbenen hatten bei dem Pfarrer der Luisengemeinde angefragt, ob er die Mitwirkung des Schriftstellers Manasse und eines Gefangenen bei der Beerdigung gestatte. Dies Ersuchen wurde rundweg abgelehnt. Der Herr Pfarrer tat aber noch ein übriges. In der Befürchtung, die Genannten könnten trotz des Verbotes ihren Bestand leisten, hatte der Friedhofsinспектор Anweisung erhalten, im eventuellen Falle sofort telephonische Polizeihilfe zu reklamieren. Tatsächlich erschien dann auch, als die Trauernden am Grabe versammelt waren, ein Polizeiaufgebot in Stärke von 5 Mann mit einem Wachtmeister an der Spitze. Diese Umstände hätten sich die Vertreter der christlichen Kirche nicht zu machen brauchen, sie hätten wissen müssen, daß Sozialdemokraten am allerwenigsten, und noch dazu bei der Beerdigung eines toten Freundes, eine Polizeialktion auf dem Friedhof wünschen. Der Verstorbene und seine Angehörigen mußten sich mit dem stummen Ausdruck der Trauer der sehr zahlreichen Ercheinenden begnügen. Die Wehrungen der Teilnehmer aber über solche Art der Betätigung christlicher Rücksichtliebe liehen nicht darauf schließen, daß der Herr Pfarrer für die Zukunft größeren Zulauf für seine seelsorgerliche Tätigkeit haben wird. Solche Fälle rechtfertigen nur immer wieder die Haltung an alle diejenigen, die mit der Kirche innerlich gebrochen haben, aus der Landeskirche auszutreten. Aber auch die Gemeinden haben die Pflicht, solchen Zwänge Andersdenkenden gegenüber durch Schaffung städtischer Friedhöfe zu begegnen.

Schöneberg.

Unter dem Verdacht der Brandstiftung wurde gestern der Klempnermeister Meier, Kramerstr. 56 und seine Haushälterin verhaftet.

Mariendorf-Mariensfelde.

Zu den bevorstehenden Ausschusssitzungen für die Ortskrankenkasse Mariendorf und Ullm gegen d wird eine Sitzung der Gewerkschaftskommission am Mittwoch, den 3. d. M., abends 7 1/2 Uhr, bei Häublein, Mariendorf, Dorfstr. 1, Stellung nehmen. Zu dieser Sitzung müssen außer den Delegierten sämtliche Funktionäre und Betriebsvertrauensleute der versicherungspflichtigen Betriebe aus den Orten Lanckwiz, Mariendorf, Mariensfelde, Lichtertrabe und Budo, für die die Mariendorfer Kasse zuständig ist, unbedingt erscheinen.

Auch die Funktionäre der Wahlvereine müssen vertreten sein. Die Gewerkschafts- und Parteigenossen obiger Orte werden gebeten, die Vertrauensleute und Funktionäre auf diese Sitzung aufmerksam zu machen. Die Gewerkschaftsunterkommission Tempelhof-Mariendorf-Mariensfelde.

Biesdorf.

Die Juhände in der hiesigen Volksschule wurden am Sonnabend in einer öffentlichen Versammlung erörtert. Es scheint hier, wie auch leider in vielen anderen Gemeinden, die oft genug gebrandmarkt und von einsichtigen Pädagogen längst verworfene Prügelstrafe noch in vollster Blüte zu stehen. Und namentlich von dem Rektor wurde behauptet, daß derselbe ein eifriger Anhänger dieser Erziehungsmethode sei. Wie in der Versammlung bekannt wurde, soll der Rektor gefagt haben, daß die Kinder von Angst erfüllt sein müßten. Daher komme es, daß die Kinder mit fast unüberwindlicher Abneigung zur Schule gehen. Unter solchen Umständen müßten alle Keime menschlichen Edelmut, die in jedem Menschen schlummern, verpöflet werden. Einzelne Lehrer drohten, sobald ihre pädagogischen Fähigkeiten erschöpft seien, den Kindern mit dem Rektor, wie unwissende Eltern mit dem „Schwarzen Mann“.

Ganz im Einklang damit steht es auch, beschwerdeführenden Eltern schroff entgegenzutreten. Behauptet wurde, daß ein Mitglied des Schulvorstandes den Grundgedanken des Rektors: auf einen groben Klotz — ein grober Keil“ noch verteidigt. Abgesehen von der Geschmackslosigkeit, Arbeitereltern mit groben Klößen zu vergleichen müßte gesagt werden, daß Lehrer mit solchen Grundgedanken sich selbst ins Gesicht schlagen würden. Denn diese angeblich „groben Klöße“ seien ja gerade die Erziehungsprodukte der Volksschule und, würde nicht die moderne Arbeiterbewegung mit ihren Bildungsbestrebungen erfolgreich eingreifen, so läße es sicher weit schlimmer aus.

Schließlich müßten wir aus der Fülle des Vorgetragenen noch einen Mißstand aufzeigen, und der betrifft die Beschäftigung der Kinder. Es wird behauptet, daß die Strafe des Nachsitzens in der hiesigen Schule noch eine ausgebehnte Anwendung findet. Die Herren Lehrer glauben aber für genügende Aufsicht geforgt zu haben, indem sie einen Knaben der höheren Klasse, der doch auch noch ein Kind sei, dazu bestimmen. Wohin das führt, lehrt ein ebenfalls in der Versammlung vorgetragener Fall sexueller Verirrung, der Veranlassung genug sein müßte, für geeignete Aufsicht zu sorgen, wenn man absolut nicht auf das Nachsitzen verzichten wollte.

Bemerkenswert war die Mitteilung, daß weder Gemeindevertreter noch Schulvorstand behaupten, von den Dingen eine Ahnung zu haben. Es wird also für die arbeitende Bevölkerung ein Ansporn sein, alle Energie einzusetzen, um wenigstens einen zuverlässigen Vertreter in die Gemeindevertretung zu bekommen und im übrigen mit den Beschwerden nicht zu warten, bis solche in der Versammlung zum Vortrag gebrachte Zustände eingerissen sind.

Teltow.

Ein üblicher Straßenbahnunfall ereignete sich vor einigen Tagen am hiesigen Ort. Abends in der sechsten Stunde war die 2 1/2-jährige Tochter des früheren Gastwirts Kreuz mit mehreren kleinen Kindern beim Spiel beschäftigt; im Eifer bemerkte das Kind nicht, daß ein Wagen der elektrischen Straßenbahn angefahren kam. Dem Führer des Wagens war es, da das Mädchen hinter einem Baum stand und plötzlich auf den Damm lief, nicht möglich, die Kleine vorher zu sehen und den Wagen zum Stehen zu bringen. Sie wurde von der Elektrischen erfasst und kam so unglücklich unter dieselbe zu liegen, daß das Vorderrad des Wagens von dem einen Bein den Fuß und von dem anderen die Fehne trennte. Außerdem erlitt das Kind eine schwere Kopfverletzung. Im Kreisfrankenhaus Lichterfelde, wohin die Kleine gebracht wurde, verstarb sie kurz nach der Einlieferung an den erlittenen Verletzungen. Dieses Unglück legt der Kreisbahnverwaltung die Frage nahe, ob es nicht angebracht wäre, in den belebtesten Straßen einen, wenn auch niedrigen Jaun zu errichten, ähnlich wie im benachbarten Lichterfelde. Durch das Vorhandensein eines solchen Jaunes hätte das Unglück verhütet werden können.

Friedrichsfelde.

Unserem Orte ist ein großes Heil widerfahren. Bei der Schulbesichtigung des Erweiterungsbaues der 1. Volksschule wurde dem Schöffen Bechardsch der Kronorden 4. Klasse verliehen. Der Landrat des Kreises Niederbarnim Geheimere Oberregierungsrat Dr. Busch erschien zu dieser Ordensverleihung persönlich und in der neuen Turnhalle, wo die Uebergabe des Ordens stattfand, hob der Landrat hervor, daß die Gemeinde auf dem Gebiete des Schulwesens ganz besonders Anerkennenswertes geleistet habe; besonders um das Wohl der Gemeinde habe sich der Stellmachermeister und Schöffe Bechardsch verdient gemacht und der Landrat freue sich, ihm im Auftrage des Kaisers den Orden überreichen zu dürfen. Hierzu wird uns von einem sozialdemokratischen Gemeindevertreter geschrieben: Es ist keinem am Orte bekannt, wodurch sich Herr Bechardsch besondere Verdienste um die Gemeinde erworben hat. — Der Anbau der ersten Volksschule und auch die Beschleunigung desselben ist von unseren Genossen in den Vertreterversammlungen zu wiederholten Malen angeregt worden und es ist wohl darauf zurückzuführen, daß die Antriebsnahme des Baues zurzeit schon so weit vorgeschritten ist. Die Gründe, die zur Ordensverleihung des Herrn Bechardsch geführt haben, sind demnach nicht stichhaltig. Herr Bechardsch war und ist gerade derjenige, der allen sozialen Neuerungen entgegentritt. Daraus ergibt sich, daß es nur dem Drängen unserer Genossen zu danken ist, wenn die Entwicklung des Schulwesens und der sozialen Fürsorge ein rascheres Tempo angenommen hat. Man hat bei der Ordensverleihung also jemand empfohlen, der es meisterlich versteht, jedem Fortschritt entgegenzutreten, und der in der Beschimpfung der Arbeiterschaft Hebelisches leistet. Öffentlich hält der Schöffe Bechardsch seine Versprechungen, die er bei der Empfangnahme des Ordens in Bezug auf die Förderung der sozialen Entwicklung am Orte für die Zukunft gegeben hat.

Potsdam.

Einsprüche gegen die Gemeindegewählertlisten waren diesmal zehn erhoben. In geheimer Stadtverordnetenversammlung wurden von diesen Einsprüchen nur drei anerkannt.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Eggersdorf (Niederbarnim). Deute Dienstag 7 Uhr im Katholischen Lokale.

Neudöln. Donnerstag, den 4. September, nachmittags 6 Uhr, im Rathaus, Berliner Str. 63, neuer Sitzungssaal, 2 Treppen.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählerte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Magenstärkend ist während der gefährlichen Obstzeit **Santa Lucia** Stärkungs-Rotwein Fl. 1,50 u. 2 M. Käuflich in Apotheken, Drogen- und Delikatess-Geschäften.

Bettfedern

Daunen, fertige Betten

am besten und billigsten

unstreitig In dem grössten Spezial-Geschäft Deutschlands

Gustav Lustig

Berlin S 77, Prinzenstrasse 46 u. 47

Ständiges Lager von ca. 600 Ztr. Bettfedern
Jährlicher Umsatz 3000 Zentner

Besonders empfehlenswerte Bettfüllung:
Echt chinesische (ges. geschützt)

Monopoldaunen

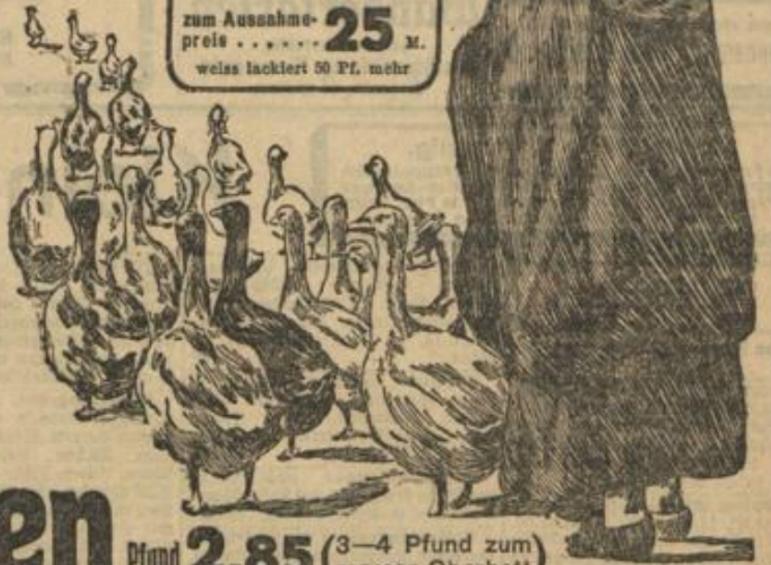
Preis 2.85 (3-4 Pfund zum grossen Oberbett)

Aufarbeiten von Betten und Bettfedern

Metall-Bettstelle

mit 33 mm nahtlosen Pfosten, Zugfedermatratze mit 4 Reihen Federn, Messing-Verzierung im Kopf- und Fussende, schwarz lackiert, 90 x 130 cm

zum Ausnahmepreis 25 M.
weiss lackiert 50 Pf. mehr



Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein I. d. B. Berl. Reichstagswahlkreise

Am 28. August verstarb unser Genosse, der Arbeiter

Otto Pawelski

(Schäfer Str. 23, Bez. 760a).

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 2. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in der Praterstrasse, Ecke Seestraße, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb. Filiale Groß-Berlin.

Unsern Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Otto Pawelski

welcher im Betriebe der städtischen Gaswerke, 30. Reinerinspektion, beschäftigt war, verstorben ist.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 2. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes, Ecke Prater- und Seestraße, aus statt.

Um rege Beteiligung wird ersucht.
Die Ortsverwaltung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Geschäftsführer

Karl Frohnert

am 31. August im Alter von 55 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 3. September, nachmittags 4 Uhr, von der Halle der Simeongemeinde, Mariendorfer Weg, aus statt.

Um rege Beteiligung wird ersucht.

Nachruf.

Am 16. August verstarb unser Mitglied, der Kassendirektor

August Papendick

im Alter von 60 Jahren.

Am 25. August verstarb unser Kollege, der Einkassierer

Otto Lichtenberg

im Alter von 54 Jahren.

Am 29. August verstarb unser Kollege, der Bierfahrer

Julius Wendland

im Alter von 26 Jahren.

Am 29. August verstarb unser Kollege, der Hausdiener

Ernst Petzold

im Alter von 53 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!
Die Bezirksverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Neukölln.

Am 29. August verstarb unser Parteigenosse

Otto Lindenau

Dresde. 26, 16. Bezirk.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute den 2. September, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Neuköllner Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Die Beerdigung des Drechers

Otto Lindenau

findet nicht am 5., sondern am 4. Uhr statt.

Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und guter Vater

Karl Obst

am Freitag, den 2. September, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes, Ecke Prater- und Seestraße, aus statt.

Um rege Beteiligung wird ersucht
Der Vorstand.

Die Beerdigung findet heute am Dienstag, nachmittags 4 1/2 Uhr, auf dem Sophien-Friedhof, Freiwalder Straße, statt.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Wagenbauer.

Ortsverwaltung Adlerhof.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege

Heinrich Molitor

am 29. August verstorben ist.

Die Beerdigung findet heute Dienstag, nachmittags 6 1/2 Uhr, von der Halle des hiesigen Friedhofes, aus statt.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederharnim.

Bezirk Borsigwalde - Wiltonau.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin

Frau Klara Schweim

Charlottenburger Str. 48

gestorben ist

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 3. September, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des Wittenauer Friedhofes, aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Treffpunkt der Genossinnen und Genossen: 4 Uhr Restaur. Strauh.

Wir sagen allen Beteiligten bei der Beerdigung unseres lieben Vaters

Wilhelm Groß

unsern herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Allen Bekannten und Freunden die traurige Nachricht, daß meine liebe, herzensgute Frau, unsere überaus gute Schwester und Tante

Emilie Bartsch

am Sonntag, den 2. September, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des hiesigen Friedhofes, aus statt.

Im Namen der Hinterbliebenen

Hermann Bartsch.

Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Emmaus-Friedhof aus.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die herrlichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters, unseres guten Vaters

Otto Hitz

sage ich allen Beteiligten, insbesondere dem Genossen Durck für die tröstlichen Worte, den Sängern, den Genossen des 18. Bezirks, dem Deutschen Metallarbeiterverband, den Kollegen und Angehörigen der Hitzwerke, den Kollegen und Kolleginnen der Turbinenfabrik A. G. und den Eisenmaschinen Berlin meinen herzlichsten Dank.

Martha Hitz

nebst Kindern.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes

Franz Drabe

sage allen Beteiligten, insbesondere dem Deutschen Buchbinderverband sowie der Krisankenasse der Buchbinder meinen herzlichsten Dank.
Frau Marianne Drabe.

Dankfagung.

Für die überaus zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Schwiegervaters und Großvaters

Wilhelm Strahl

sagen wir allen Beteiligten unseren herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Reiseführer,

Wanderkarten und

Bücher,

Kursbücher

hält stets am Lager

Buchhandlung Vorwärts

Lindenstr. 69.

Wer erfindet?

Erfindungen werden zu kaufen gesucht!

Anfr. und Ang. (auch Ideen) an Adolf Song, Cassel 14 310. 209/17

Kranzspenden

sowie sämtliche

Blumenarrangements

liefert schnell und billig Paul

Gross, Lindenstr. 69, Tel. Npl. 7203.

Buchhandlung Vorwärts

Lindenstr. 69 (Laden)

Ansichtskarten

vom

Riesengebirge, Harz,

Sächsische Schweiz,

Dresden, Berlin

in reicher Auswahl.

Stück 5 Pf.

Bruchbandagen,

Leibbinden, Geradschalter,

Irrigatore, Spritzen etc.,

Suspensorien, sowie

alle Artikel z. Krankenpflege

empfiehlt

Fabrikant Pollmann,

jetzt Berlin N., Lothring Str. 60.

Eigene Werkstatt. Lieferant für

Krankenkass. Fachgem. Bedienung.

Tätowierung

entfernt **Dr. Schünemann**

Spezialarzt für Hautkrankheiten

Berlin S., Oranienstraße 139.

209/18

Taschenbuch für Gartenfreunde

Ein Ratgeber für die Pflege und

sachgemäße Bewirtschaftung des häuslichen

Gartens von Max Hebbeker. Zweite

vermehrte Auflage. Mit 137 Text-

abbildungen. Preis 3,50 Mark. Expedi-

tion Vorwärts, Lindenstr. 69.



mit Goldmundst.
mit Hohlmundst. flach

Die neue 3 Pfennig
QUALITÄTS
CIGARETTE



Urbin

strahlt gar zu schön sagt Ricke
wenn ich auf meine Stiebeln Kicke

In Dosen zu 10, 20 u. 25 Pfg. überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

